

Heike Möller (Hrsg.)

BRANDENBURG: NACHHALTIG + KOMMUNAL + INTERNATIONAL

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg

wird herausgegeben vom Verbund Entwicklungspolitischer
Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs e.V. (VENROB)
Tuchmacherstr. 49, 14482 Potsdam
Tel.: 0331 / 704 89 66 | Fax.: 0331 / 270 86 90
www.venrob.org
Verantwortlich: Uwe Prüfer, pruefer@venrob.org

Ausgabe 11 (2021)
Heike Möller (Hrsg.): Brandenburg: nachhaltig + kommunal + international

Das Manuskript ist urheberrechtlich geschützt.
© WeltTrends, Potsdam 2021

Satz: Tatjana Pott
Layout: Kathrin Windhorst / kwikwi.org
Druck: solid earth, Berlin
Gedruckt auf 100% Recyclingpapier.
Produziert mit 100% Ökostrom.

Bildnachweise

Cover: © Justin Kunimune „Dymaxion projection“
S. 3/5/34/44: © Tatjana Pott | S. 8-10: © Bildarchiv Baruth/Mark | 11-13/54: © BBAG e.V. |
S. 14-16: © Werina Neumann | S. 14: © Michael Ukas | S. 23: © IASS/Lotte Ostermann | S. 26: © offenblende.de |
S. 28, 33: © Simone Holzwarth | S. 34-41, 43: © Vanessa Birnbaum | S. 48/51: © Nora Lust |
S. 55/56: © KunstOrtLehnin, 2021 | S. 36: © Solene Droy, IASS | S. 21/22: © Bildarchiv Stadt Teltow

Bestellung: info@venrob.org

ISBN 978-3-947802-81-4

Gefördert durch Mittel des Ministeriums der
Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg.



Inhalt

Alles eine Frage der Perspektive	2
<i>Heike Möller</i>	
Ein getrübler Rückblick auf ein schwieriges Jahr	4
<i>Uwe Prüfer</i>	
Voll im Trend: Brandenburgische Kommunen und ihre Partnerschaften	6
Jessica Baier und Kurt-Michael Baudach	
Erprobte Partnerschaft: Murun und Baruth/Mark	8
Karsten Wittke	
Die Städtepartnerschaft Potsdam – Sansibar in der Pandemie	11
<i>Claudia Dombrowsky / Kilian Kindelberger</i>	
Die Klimapartnerschaft des Landkreises Teltow-Fläming mit Katima Mulilo	14
<i>Dietlind Biesterfeld</i>	
Lokal Handeln – Aussöhnend Wirken	17
<i>Heiner Naumann</i>	
Masken für Teltow	21
<i>Thomas Schmidt</i>	
Brandenburg packt an: Nachhaltigkeit in Zeiten der Corona-Pandemie	23
<i>Ira Matuschke und Ortwin Renn</i>	
Zusammenarbeit für eine nachhaltige Entwicklung	25
<i>Tamara Mariela Moll</i>	
Zukunftsimpulse aus der Region	28
<i>Simone Holzwarth</i>	
Nachhaltigkeit als Kommunale Pflichtaufgabe?	34
<i>Heike Möller</i>	
Neue Wege in der öffentlichen Beschaffung	42
<i>Nicole Saile</i>	
Randthema Eine-Welt-Arbeit: hilft da promoten?	44
<i>Uwe Prüfer</i>	
Kommunen als Pioniere der Transformation	48
<i>Nora Lust</i>	
30 Jahre Berlin-Brandenburgische Auslandsgesellschaft e.V. (BBAG)	52
<i>Kilian Kindelberger</i>	
Umoja-Lifeboat-Tour: internationale Frauensolidarität auf der Havel	55
<i>Andreas Teuchert</i>	

Alles eine Frage der Perspektive

Der 1895 in Milton im US-Bundesstaat Massachusetts geborene Buckminster ‚Bucky‘ Fuller, Multitalent aus etabliertem Hause, war nach einigen beruflichen Fehlschlägen beseelt von der Idee, herauszufinden, was eine einzelne Person dazu beitragen kann, die Welt zum Nutzen der Menschheit zu verändern. Jahrzehnte lang hatte er wie besessen gearbeitet und immer neue Ideen und Erfindungen produziert, ohne wirklich einen materiellen Nutzen daraus zu ziehen. Er erkannte im Zusammenwirken verschiedener Kräfte, Stoffe oder Faktoren ein durchgängiges systemisches Wirken unter ökonomischen Prinzipien. Aus den sich daraus ergebenden Synergieeffekten resultierte seine Leidenschaft für die Optimierung von Material- und Energieeffizienz. Seine Leitsprüche „Don’t fight forces – use them“ oder „Think global – act local“ haben sich fest im Bewusstsein der Menschen verankert. So erfand er beispielsweise ein aerodynamisches Dreiradauto, das großen Anklang in der Raumfahrtentwicklung fand. Sein energieeffizientes Dymaxion-Haus, das in der Kombination von einem Maximum an Wohnraum mit einem Minimum an Oberfläche für einen geringstmöglichen Heizungs- und Klimatisierungsaufwand sorgte, wurde zum Prototyp für die sogenannten geodätischen Kuppeln, bekannt aus Science Fiction Filmen, Ausstellungen und Militäranlagen.

Und er stellte die Erdoberfläche auf einer flachen Ebene dar – der Dymaxion-Landkarte. Als sich Astronauten zum ersten Mal auf die Erdumlaufbahn begeben wollten, verwendeten sie seine Dymaxion-Landkarten. Sie zeigen die ganze Erdkugel zweidimensional und mit einer deutlich geringeren Verzerrung der Flächen, als die uns vertraute Mercator-Projektion. Selbige lässt ein Land kleiner erscheinen, je näher es am Äquator liegt und umgekehrt. Die Landmassen im Norden sind aufgrund der Darstellung auf einer gleichmäßig runden Form unverhältnismäßig groß. Diese Verzerrung schult bis heute den Blick von Abermillionen Menschen und verbindet selbst noch im postkolonialen Verständnis die Größe von Landmassen mit Macht und Zugang zu wertvollen Bodenschätzen.

Bucky Fuller war davon überzeugt, dass die Menschheit ein besseres Verständnis für globale Zusammenhänge und Herausforderungen hätte, wenn sie die Welt als ein voneinander abhängiges Kontinuum visualisieren könnte. Dann gilt nicht mehr „Aus den Augen, aus dem Sinn“, weil ja auf der anderen Seite der Weltkugel. Nebenbei bemerkt ist das übrigens immer die untere Seite, weil man sich selbst ja auf der oberen befindet. Eben alles eine Frage der Perspektive und des konditionierten Denkens. Wenn man raus will aus dieser Denkfalle, dann muss man es ganz bewusst wollen. Das versuchen wir mit dieser elften Ausgabe, in der wir gelebte Städte- und Klimapartnerschaften in Brandenburg in den Focus stellen. Wir berichten über den „neuesten“ Stand der Nachhaltigkeit in Brandenburg, der für manchen „hinterm Mond liegt“ und wir lassen den Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs, kurz VENROB, in eigener Sache zu Wort kommen.

Unsere Autorinnen und Autoren berichten über die verschiedensten Initiativen, entstanden durch persönliche Beziehungen, kleinteilige Schritte oder eine rasante Fahrt in die asiatische Steppe, die es brauchte, die Menschen zusammenzubringen. Deren Probleme sind oft dieselben, in anderer Ausführung. Denn der Müll in Katima Mulilo ist auch unser Müll; die Wasserprobleme teilen sich die in Brandenburg mit denen in der Mongolei und auch der Facharbeitermangel und das generelle Bildungsniveau trifft uns mit voller Wucht. Was können wir ändern, was wissen wir voneinander, wie profitieren wir im Miteinander, um diese Welt gemeinsam lebenswerter zu machen? Wie viel oder besser, welcher Geschichtsaufarbeitung bedarf es, um mit den Nachbarn in der Welt friedlich zu koexistieren, auch nach grausamen Auseinandersetzungen in der Vergangenheit? Welche Fördermechanismen für Wirtschaftsinitiativen gibt es, die Unternehmern hierzulande Kooperationen im

Globalen Süden vermitteln? Es gibt reichlich Anregungen und Lesestoff darüber, was sich im Land Brandenburg und dieses für seine Außenwirkung tut.

Die Frage nach der Perspektive spiegelt sich auch im Themenbereich Nachhaltigkeit wider. Brandenburg hat mal wieder einen Nachhaltigkeitsbeirat. Im Gegensatz zum vorhergehenden ist dieser jetzt ‚Chefsache‘, direkt der Staatskanzlei, dem Ministerpräsidenten selbst beigeordnet. Mit dabei sind die untereinander vernetzten Plattformen, namentlich Wissenschaft und Bildung, Wirtschaft und Verwaltung, Jugend und ... stimmt, die Kommunen müssten eigentlich auch noch dabei sein. Aber das wird nachgeholt, man will doch den Geist der Nachhaltigkeit auch in der Fläche einpflanzen...

Mit der Nachhaltigkeit ist das so eine Sache. Man muss sie wollen. Dafür gibt's Anleitungen, nicht nur im Netz. Es sind die Menschen, die die dafür erforderlichen Erkenntnisse mit viel Esprit und Leidenschaft in die Köpfe der Leute zu bringen versuchen. Man nennt sie ‚Promotor:innen‘ und das, was sie tun, ‚Promotor:innenprogramme‘. Das klingt vielleicht bedrohlich, ist aber ausgesprochen sinnvoll und es gibt sie seit vielen Jahren bundesweit. Im Gegensatz zu Querdenkern, Esoterikern oder Verschwörungstheoretikern arbeiten sie dafür, im Sinne der Wissenschaft, Aufklärung und der Mitmenschlichkeit, die Erfordernisse für das Zusammenleben in diesem unserem Lande zu erklären. Denn migrantische Arbeit, Fair Trade, die Nachhaltigkeitsziele, Bildung für nachhaltige Entwicklung und Globales Lernen erklären sich nicht von selbst. Bildungsinhalte, die eigentlich selbstverständlich sein sollten und Bestandteil der Rahmenlehrpläne an Schulen. Wie zum Beispiel die Agenda 2030! Mit welchen Maßnahmen will man denn die Nachhaltigkeitsziele „in die Köpfe der Leute hineinbekommen“, wenn die breite Masse daran keinen Anteil nimmt oder nehmen will? Da gibt es noch so viel entwicklungspolitische Inlandsarbeit zu leisten und was passiert?! Kein Geld mehr da, angeblich eine Auswirkung der Corona-Politik.

Gesundheit geht vor. Dazu gehört aber auch die geistige und seelische Gesundheit. Und die hat während Corona ziemlich gelitten, nicht nur in Deutschland, Europa und der ganzen Welt. Mit einer Pandemie ist nicht zu spaßen, aber die Geschichte zeigt: Es geht immer weiter. Und um mit Nietzsche zu sprechen, „Was uns nicht umbringt, macht uns stärker“.

Resilienzen bilden ist das Stichwort unserer Zeit. Um stark zu sein auch gegen politisch Umtriebige, die lautstark medial eine Spaltung im Land herbeireden, gehört ein gehöriges Ausmaß an zivilgesellschaftliches Engagement. Das findet seinen Ausdruck vielerorts in ehrenamtlicher Arbeit. Ihnen an die Seite gestellt werden sollten deshalb weiterhin die Promotor:innen. Sie möchten ihre wertvolle Arbeit in bewährten Programmen und Projekten fortführen, um die Ziele der Agenda 2030 nicht nur in „kleinen Schritten“ fortzusetzen. Denn ohne die Schritte eines jeden Einzelnen wird uns der vielbeschworene große Wurf nicht gelingen.

Potsdam im Dezember 2021

Heike Möller



Ein getrübler Rückblick auf ein schwieriges Jahr

Perspektivenwechsel ist ein methodisch-didaktisches Prinzip des Globalen Lernens sowie gleichzeitig eine Kompetenz, die es zu entwickeln gilt. Es fällt aber schwer, irgendeine entwicklungspolitische Sichtweise zu finden, aus der betrachtet 2021 als ein gutes Jahr erscheinen könnte.

Covid-19 und die ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie greifen tief in unser gesellschaftliches und privates Leben ein. Wir sind distanzierter geworden in unseren beruflichen und persönlichen Kontakten.

Das macht es vor allem schwieriger für entwicklungspolitische Netzwerker:innen, die neue Fäden zu Engagierten knüpfen möchten. Für unsere Kolleg:innen mit beratenden und begleitenden Funktionen, die weniger Gespräche führen können. Für Referent:innen des Globalen Lernens / der Bildung für Nachhaltige Entwicklung, deren Bildungsangebote in gestressten Schulen besondere Vorbereitungen erfordern. Für Engagierte bei Nord-Süd-Partnerschaften von Schulen und Kommunen, die auf inspirierende Begegnungen verzichten müssen...

Natürlich hat sich auch die NGO-„Szene“ auf viel Digitales, die Meetings im Kachelformat etc. eingestellt. Zweifellos gibt es Vorteile, z.B. im Flächenland nicht mehr so oft mit den Öffentlichen unterwegs sein zu müssen, Fahrkosten zu sparen.... Ob dies die Nachteile aufwiegen kann, wird unterschiedlich beantwortet.

Ungleich härter betroffen sind viele Menschen im Globalen Süden. Mühsam erreichte entwicklungspolitische Erfolge der vergangenen Jahre sind passé. Das Fazit des UN-Berichts Ziele für nachhaltige Entwicklung 2021: „Die aktuelle Krise gefährdet Jahrzehnte des Fortschritts im Entwicklungsbereich, verzögert den dringenden Übergang zu grüneren, inklusiveren Volkswirtschaften noch mehr und rückt die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele in noch weitere Ferne.“ Eingehender befasst sich der Bericht von Oxfam „Pandemie-Profitere und Virus-Verlierer:innen“ mit den wachsenden sozialen Ungleichheiten als Folge der Pandemie. Recherchiert wurden insbesondere die entstandenen Auswirkungen am Ende und am Anfang globaler Lieferketten; z.B. bei den Supermärkten, die bekanntlich 2020 Rekordumsätze verzeichneten, ganz im Gegensatz zu den Arbeitenden, insbesondere den Frauen in den Produktionsländern, deren Arbeits- und Lebenssituation durch die Pandemie noch schwieriger wurde.

A propos Lieferketten. Seit Juni diesen Jahres verfügt dieses Land nach langem Ringen über ein Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz. Nicht nur dem persönlich dafür engagierten BMZ-Minister Gerd Müller „fällt ein großer Stein vom Herzen, dieses Gesetz wird Millionen von Kindern und Familien in Entwicklungsländern ein Stück bessere Lebenschancen und Zukunftsperspektiven geben“. Die Nachfolgerin im Amt wird nachweisen müssen, dass dieses Pflichtengesetz wirkt und gleichzeitig an den Defiziten gearbeitet wird. Die breit aufgestellte „Initiative Lieferkettengesetz“ sieht die bestehenden Mängel vor allem in dem für Unternehmen zu geringen Geltungsbereich, zu wenigen Vorgaben zum Schutz von Klima und Umwelt und viel zu vielen Ausnahmen bei den Sorgfaltspflichten.

Mitunter aus dem Blickfeld geraten sind zudem weitere Krisenregionen und Probleme: Der Krieg in Syrien dauert an. Afghanistan ist weitgehend als entwicklungspolitische Ruine zurückgelassen worden. Werden noch Nachrichten aus dem umkämpften Jemen wahrgenommen? Der aufgeflammete Machtkampf in Äthiopien bringt neues Leid, viele Hungernde, Flüchtende...

Eine aufeinander abgestimmte internationale Migrations-, Flüchtlings- und Asylpolitik – angestrebt mit dem „Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration“ und dem „Globalen Pakt für Flüchtlinge“, beide 2018 verabschiedet – erscheint von ihrer Realisierung weiter entfernt denn je. Und damit vor allem vom Schicksal von Millionen Betroffener. Das nicht nur Diktator Lukaschenko anzulastende brutale und tödliche „Schauspiel“ an der weißrussisch-polnischen/EU-Grenze, ist aktuell zwar Medienthema – aber nur eine von vielen ähnlichen Tragödien.

Und Klimahoffnungsträger COP 26 in Glasgow? Bestenfalls halbherzige Ergebnisse. Um es nicht ganz so (kohle)schwarz zu formulieren: der Einstieg in den Ausstieg ist zumindest proklamiert, ergo nicht gescheitert.

Für Brandenburg sind drei Programme „Eine Welt-Promotor:innen, „Stärkung der entwicklungs-politischen Bildungs- und Inlandsarbeit in Brandenburg durch kirchliche Eine-Welt-Arbeit“ sowie „Weltoffen.Solidarisch.Dialogisch“ wichtiger Kern und Stabilisator der zivilgesellschaftlichen Arbeit. Die den Trägern ab 2022 angekündigten Kürzungen und Streichungen seitens des BMZ als größtem Förderer – mit nötigen Einsparungen im Bundeshaushalt begründet – werden dazu führen, dass ein Teil der momentanen 14 Teilzeitstellen keine Bundesmittel mehr erhalten wird. Ein fatales Signal, findet VENROB. Im Verbund mit der Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke e.V., der Stiftung Nord-Süd-Brücken sowie weiteren Akteuren wird sich gewehrt. Resilienz (grob mit Widerstandsfähigkeit übersetzbar) als relativ neues Schlagwort in den Diskursen zur Nachhaltigkeit sollte natürlich auch für und von deren Akteuren angestrebt werden.

Und wo sind nun die optimistischen Perspektiven? Na fast überall dort, wo sie ernsthaft und engagiert gesucht und versucht werden! Einige davon sind sogar in diesem Heft zu finden.

Uwe Prüfer, 2. Sprecher VENROB e.V.



Voll im Trend: Brandenburgische Kommunen und ihre Partnerschaften

Jessica Baier und Kurt-Michael Baudach

Engagement Global



Kommunale Partnerschaften sind von je her ein wichtiger Bestandteil der kommunalen Entwicklungspolitik. Die Landschaft der kommunalen Aktivitäten in diesem Bereich hat sich im letzten Jahrzehnt dynamisch weiterentwickelt. Die Agenda 2030 bietet dabei einen wichtigen Handlungsrahmen.

Die Datenbank des Rates der Gemeinden und Regionen Europas verzeichnet mehr als 6500 Verbindungen deutscher Kommunen weltweit. Insbesondere die Beziehungen mit Kommunen im Globalen Süden haben in den letzten Jahren stark zugenommen. Dies zeigt auch die Anzahl an Partnerschaften, die sich in Projekten der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

(SKEW) von Engagement Global engagieren: sie stieg von 152 im Jahr 2013 auf mittlerweile schon fast 500.

In Brandenburg gehören Potsdam – Sansibar (Tansania) seit 2011 sowie Baruth/Mark – Murun (Mongolei) seit 2014 zu den bekanntesten Beispielen. Etwas neuer dabei ist der Landkreis Teltow-Fläming, der 2019 eine Klimapartnerschaft mit der namibischen Stadt Katima Mulilo einging. Die Gemeinde Kleinmachnow baut derzeit eine Verbindung mit Keetmanshoop ebenfalls in Namibia auf.

Die Beispiele aus Brandenburg spiegeln damit die bundesweiten Trends wider: Zunehmend



wagen auch kleine und mittelgroße deutsche Kommunen sowie Landkreise den Schritt in die Welt und gehen neue partnerschaftliche Beziehungen ein. Häufig können die Kommunen dabei auf bereits bestehende Kontakte zum Beispiel von Vereinen oder Schulen aufbauen. So entsteht eine vielseitige Zusammenarbeit von Akteuren aus Verwaltung, Politik, Zivilgesellschaft, Bildungseinrichtungen, Wirtschaft und Wissenschaft. Kurzum also Multi-Akteurs-Partnerschaften auf der lokalen Ebene – ganz im Sinne der Agenda 2030. Themen wie Klimawandel und Nachhaltigkeit werden dabei besonders häufig aufgegriffen. Denn Partnerschaften bieten Möglichkeiten, die globalen Auswirkungen des eigenen Handelns zu verdeutlichen, in einem kollegialen Fachaustausch lokale Lösungsansätze zu teilen und gemeinsam in Aktion zu treten.

Ob formalisierte Kommunalpartnerschaft, zeitlich begrenzte Projektpartnerschaft oder fokussierte Themenpartnerschaft – wichtig ist eine gemeinsame Zielsetzung. Die Agenda 2030 verbindet Nachhaltigkeits- mit Entwicklungspolitik und legt dabei das Prinzip der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zugrunde. Sie eignet sich daher hervorragend als Wegweiser für die Entwicklung gemeinsamer Aktivitäten sowie als Grundlage für den kommunalen Fachaustausch.

Erfolgreich kooperieren

Für das Gelingen einer kommunalen Partnerschaft ist vor allem das viel zitierte Prinzip einer Zusammenarbeit auf Augenhöhe von großer Bedeutung. Was bedeutet das in der Praxis? Zunächst geht es um eine beiderseitige neugierige und offene Grundhaltung mit dem Wunsch, voneinander und miteinander zu lernen. Gerade zu Beginn kommt es außerdem darauf an, die beidseitigen Erwartungen offen anzusprechen und sich auf eine gemeinsame Zielrichtung zu einigen. Gegenseitiger Respekt und Akzeptanz der Verschiedenheit stellen hier zentrale Grundsätze dar. Davon ausgehend ist es sehr wichtig, eine regelmäßige, trans-

parente Kommunikation mit festen Ansprechpersonen auf beiden Seiten einzurichten und dabei auch kulturelle Unterschiede in der Art zu kommunizieren zu beachten. Die gemeinsame Durchführung von Vorhaben mit – häufig schon kurzfristig – sichtbaren Ergebnissen vor Ort motiviert alle Beteiligten und sichert die Unterstützung in der Bevölkerung für die weitere Zusammenarbeit. Nichtsdestotrotz darf die Bedeutung einer mittelfristigen Planung, aufbauend auf einem intensiven fachlichen Austausch zwischen den Partnern, nicht unterschätzt werden. Sie ermöglicht es, Projekte zu priorisieren, in einen größeren Kontext einzuordnen und damit breitere und langfristige Wirkungen zu erreichen.

Viele Wege führen zum gemeinsamen Erfolg

Interessieren auch Sie sich für den Aufbau einer kommunalen Partnerschaft? Nutzen Sie die guten Beispiele aus Brandenburg und bundesweit als Inspiration. Finden Sie Menschen in Ihrer Kommune, die sich gemeinsam auf den Weg machen wollen. Knüpfen Sie an bestehende Aktivitäten Ihrer Kommune an. Und wenden Sie sich an die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global für weiterführende Beratung und Unterstützung: von der Suche einer geeigneten Partnerkommune, über virtuellen Austausch oder die erste Fachaustauschreise bis hin zum gemeinsamen Aktionsplan bietet die SKEW ein vielseitiges Angebot für bestehendes und zukünftiges Engagement in der kommunalen Entwicklungspolitik.

Weitere Informationen

Rat der Gemeinden und Regionen Europas:
www.rgre.de/partnerschaft

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt:
Kommunale Partnerschaften – SKEW
www.service-eine-welt.de

Erprobte Partnerschaft: Murun und Baruth/Mark

Karsten Wittke

*Koordinator kommunaler
Entwicklungspolitik der Stadt Baruth/Mark*



Wie alles anfing

2011 besuchte Herr Khaltar Byamba die Ausgrabungen im Alten Schloss Baruth. Als Bürgermeister der Stadt Murun traf er sich dort mit dem Baruther Bürgermeister Herrn Peter Ilk. Diese erste persönliche Begegnung der beiden Kommunalpolitiker war die Initialzündung für die Entwicklung einer nachhaltigen und zukunftsorientierten Städtepartnerschaft. Inzwischen kann diese auf 10 Jahre kontinuierliche und gemeinsam erfolgreiche Projektarbeit verweisen.

Murun (mongolisch Fluss) ist die Hauptstadt der Provinz Khuvsgul Aimag im Norden der Mongolei. Rund 300 km südlich der russischen Grenze gelegen, ist sie mit gut 45.000 Einwohnern eine der prosperierenden Städte in der Mongolei. Landschaftlich reizvoll am Fluss Delgermoron gelegen, ist die Stadt auch touristisch ein attraktiver Ausgangspunkt, z.B. für Touren an den Khuvsgulsee, den größten Süßwassersee der Mongolei. Die Region ist durch Lärchenwälder und eine bergige Landschaft geprägt und wird daher auch als mongolische Schweiz bezeichnet. Murun ist mit



Murun, Ansicht von Süden, 2019

dem 800 km entfernten Ulan Bator durch eine befestigte Autostraße verbunden und verfügt über einen kleinen Regionalflughafen.

Stadtentwicklung im ländlichen Raum – lokal und global nachhaltig gestalten

In Baruth/Mark stehen viele Ziele auf der Nachhaltigkeitsagenda:

- die Klimakrise und ihre Auswirkungen auf Wasser-, Forst- und Landwirtschaft,
- nachhaltiger Konsum und Müllvermeidung,
- die Stärkung lokaler Produzent:innen und Wertkreisläufe sowie,
- ein nachhaltig orientiertes Stadtentwicklungskonzept.

Im Rahmen der Städtepartnerschaft mit Murun werden infrastrukturelle Projekte beispielsweise zu Wasser/Abwasser, Bauwesen, nachhaltiger Bildung und Abfallmanagement unterstützt und begleitet. Die gemeinschaftliche Durchführung dieser unterschiedlichen Projekte und Aktivitäten findet statt mit Zivilgesellschaft, NGOs, kommunaler Verwaltung, Bildungseinrichtungen, lokaler Politik und Wirtschaft. Sie bilden in Murun das Fundament zur Entwicklung nachhaltiger wirtschaftlicher Perspektiven und Eigenständigkeit. Für die Mongolei ist Deutschland der „Dritte Partner“, eine wichtige zusätzliche Option mit Blick auf die benachbarten Staaten Russland im Norden und China im Süden. Gerade hier leistet die kommunale Partnerschaft einen wichtigen Beitrag zur Stärkung demokratischer Strukturen und Wertschöpfung der Ressourcen vor Ort

Nachhaltige Städte und Gemeinden – Projektbeispiele

Eine Partnerschaft mit dieser ambitionierten Zielsetzung erfordert nicht unerhebliche finanzielle Mittel und viel persönlichen Einsatz, um langfristig erfolgreich zu sein. In Baruth/Mark und Murun wird ein Teil der Projekte durch den Khuvs gul Club Germany e.V., die deutsch – mongolische Stiftung in Murun, die Wilo-Foundation und die Berlin-Brandenburgische Wasserakademie gefördert. Der Hauptanteil wird durch das Förderprogramm **Nachhaltige Kommunale Partnerschaften** des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Engagement Global sowie der **Servicestelle Kommunen in der Einen Welt** beigetragen.

Wasser / Abwasser

Die Stadt Baruth/Mark hat nach der Wiedervereinigung ihre Wasser- und Abwasser Versorgung neu organisiert. Sie hat ein modernes Industriegebiet zur nachhaltigen Nutzung des Holzbestandes entwickelt. Dazu gehören eine Mineralwasserabfüllanlage sowie ein Biomasseheizkraftwerk. Diese Erfahrungen werden mit der Partnerstadt geteilt. Es ist eine Herausforderung, den Dimensionssprung zu bewältigen zwischen Baruth/Mark mit seinen gut 4.200 Einwohnern und dem Bedarf an wassertechnischer Infrastruktur, Ausbildung, Wartung und Betrieb der Anlagen verglichen



Trinkwasser an Schulen, 2014 – 16

mit dem für eine Stadt, die das Zehnfache an Einwohnern hat. Mit einer Reihe von nachhaltigen Aktionen in Kommune, Verwaltung und Bevölkerung sind erste Schritte unternommen worden, diese zu meistern. Gute Praxisbeispiele regen Eigeninitiativen an und fördern diese. So konnten durch die Installation des PAUL (Portable Aqua Unit for Lifesaving) Wasserserrucksacks in mehreren Schulen und Kitas aus Brauchwasser durch die Filterung Trinkwasser werden. Das Gerät wurde im Fachgebiet Siedlungswasserwirtschaft im Fachbereich Bauingenieurwesen der Universität Kassel entwickelt.

Neubau Weiterbildungszentrum



Neubau des kommunalen Weiterbildungszentrums für Nachhaltigkeit, Ökologie und Handwerk in Murun, 2017-19

In Murun leben circa 80 % der Bevölkerung in einfachen, meist selbst gebauten Holzhäusern. Im ländlichen Raum der Mongolei gibt es beinahe nirgendwo eine handwerklich hochwertige Ausführung von Bauvorhaben. Auch der Mangel an Facharbeitern ist sehr ausgeprägt. Deshalb war „Unser Haus“ in allen Bauphasen ein praktisches Bildungs- und Schulungsprojekt. Beim Bau des Weiterbildungszentrums wurde ein besonderes Augenmerk auf die Verwendung nachwachsender Rohstoffe, energieeffizienter Lösungen sowie einer dezentralen Abwasserentsorgung gelegt. Das Projekt wurde ausschließlich von einheimischen Bauarbeitern realisiert. Spezifische Schulungen und Weiterbildungen durch deutsche Fachfirmen haben das Projekt begleitet. Das Haus ist somit ein praktisches und anschauliches Beispiel für die

Potenziale einer nachhaltigen und energieeffizienten Bauweise in Murun und der Mongolei insgesamt.

Durch den Neubau einer Werkhalle 2021 wird das Weiterbildungszentrums erweitert. So werden ab 2022 praxisbezogene Schulungen wie zum Beispiel für die Ausgestaltung von Wertstoffsammelstellen ermöglicht.

Gesundheit und Wohlergehen

Der Bevölkerung Muruns stehen für die gesundheitliche Versorgung ein Provinzkrankenhaus sowie fünf medizinische Versorgungszentren zur Verfügung. Die Verbesserung in der Ausstattung der medizinischen Einrichtungen wurde mit mehreren Aktionen im Verlauf der Partnerschaft unterstützt. Dazu gehört neben der Übergabe medizinischer Ausrüstung für die medizinischen Versorgungszentren vor allem die bisher spektakulärste Aktion der Partnerschaft – die Überführung von drei Rettungsfahrzeugen auf dem Landweg von Baruth/Mark nach Murun.

Partnerschaftliche Zusammenarbeit in Zeiten der Pandemie

Gerade die persönlichen Begegnungen in der Zusammenarbeit waren bis zum Beginn der Reiseeinschränkungen durch die Pandemie

eine wichtige Grundlage für die Projektentwicklung und deren Umsetzung. Wie kann die Partnerschaft unter den neuen Bedingungen, zum Beispiel im Format Videokonferenzen, weitergeführt werden? Murun und Baruth/Mark haben diese Herausforderung angenommen und haben trotz der weltweiten Krise mehrere Projekte gemeinsam entwickelt und umgesetzt:

- das Corona-Solidarpaket für Murun in 2021,
- den Neubau der Werkhalle für das kommunale Weiterbildungszentrum in 2021,
- die Bürgerdialoge „Gemeinsam für ein Nachhaltiges Murun“ in 2020,
- die dritte Internationale Muruner Wasserkonferenz in 2021 und schließlich,
- das NAKOPA Projekt „Nachhaltiges Abfallmanagement für Hausmüll in Murun“ mit einer Laufzeit bis 2023.

Und was lernen wir in Baruth/Mark von Murun?

Trotz der großen geografischen Distanz stehen beide Kommunen angesichts der Klimakrise vor ähnlichen Herausforderungen. Deshalb wollen sie auf die sich ändernden Umweltbedingungen mit nachhaltigen Strategien reagieren, um die Lebensgrundlagen auch für die kommenden Generationen zu erhalten. Nur gemeinsam und mit gleichen Handlungsansätzen kann diese Herkulesaufgabe gelingen. Dazu kann der kommunale Dialog auch über 8.000 Kilometer hinweg einen wichtigen Beitrag leisten.



„Gemeinsam für ein Nachhaltiges Murun“ – Bürgerdialog in Murun, Videokonferenz mit Baruth/Mark, 2020

Die Städtepartnerschaft Potsdam – Sansibar in der Pandemie

Claudia Dombrowsky / Kilian Kindelberger

Bereich Internationales und Städtepartnerschaften, Berlin-Brandenburgische Auslandsgesellschaft (BBAG) e. V.

Die Corona-Pandemie hat sich seit März 2020 nicht nur auf die Zusammenarbeit mit den verschiedenen lokalen Akteur:innen vor Ort ausgewirkt, sondern vor allem auch spürbar auf die Kooperationen und engen Beziehungen zu den Personen in den Partnerstädten. Städtepartnerschaften leben bekanntlich in erster Linie von der persönlichen Begegnung zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft, Sprache und Kultur. Gerade dieser Austausch ermöglicht ein besseres Verständnis für einander, bricht mit Vorurteilen und erweitert den eigenen Horizont dank unterschiedlicher Perspektiven.

Begegnungen in Präsenz waren nicht mehr möglich. Dafür entwickelte sich der Austausch online. So wurden die Gespräche per Video-

konferenz und anderen digitalen Formaten geführt. Dabei unterstützen insbesondere verschiedene Smartphone-Apps den Austausch zwischen Akteur:innen aus Sansibar und Potsdam.

Dabei ist die digitale Ausstattung ein wichtiges Thema. Während die Netzabdeckung in Sansibar und Tanzania gefühlt besser ist als in Deutschland, lässt die Qualität der Endgeräte bei den sansibarischen Partner:innen zu wünschen übrig, im Grunde geht alles nur über Handy. Das stellt auch Herausforderungen an Förderprogramme und Fördergeber, die sicherstellen müssen, dass auch hier die Lücke zwischen globalem Norden und Süden kleiner wird.



Hafen in Sansibar

Der Austausch geht weiter

Digitale Plattformen werden intensiv zum Austausch genutzt. So fand im August 2021 die Potsdam Summer School mit dem Themenschwerpunkt „Wasser – Unser globales Gemeingut“ online statt. Hier nahmen auch zwei Kooperationspartner:innen aus Sansibar teil: Mwajuma Abadi (Stadtverwaltung) und Abdalla Bakar (State University of Zanzibar).

Mitglieder des Freundeskreises Potsdam-Sansibar tauschten sich nicht nur untereinander aus, sondern auch über das von der Kooperationsstelle Hamburg / Dar es Salaam initiierte, regelmäßig stattfindende Netzwerktreffen mit weiteren deutschen Akteur:innen, die städtepartnerschaftliche Beziehungen zu einer Stadt in Tansania unterhalten.

Auch die anderen Partnerschaften Potsdams griffen auf online Formate zurück und tauschten sich nun über Teams, Zoom und Co. aus. Um den Kontakt aufrecht zu halten, initiierte die BBAG e.V. die Aktion „Was gibt es Neues aus Potsdams Partnerstädten und wie ging/geht es den Menschen zu Coronazeiten?“ In Form von kleinen Videos wurden „Lebenszeichen“ gesammelt, die jede Woche auf Facebook vorgestellt wurden.

Dampfbäder gegen Corona

Corona ist ein wichtiges Stichwort für die Partnerschaft mit Sansibar, über das aber nicht viel geredet wird. Der Tansanische Präsident John Magufuli hatte seine Bevölkerung zu Gebeten und Dampfbädern aufgerufen und anschließend den Virus für besiegt erklärt. Schutzmaßnahmen wurden so verhindert und ein Großteil der Bevölkerung nahm die Entwicklung nicht Ernst. Großereignisse in Sansibar mit tausenden gedrängt aneinander stehenden Menschen wie die Feierlichkeiten zum Revolutionsjubiläum am 11. Januar 2021 mit mehrtägigem Volksfest und Feuerwerk und zwei Tage später der Mapinduzi-Cup (Revolutions-Pokal) im Amani-Stadion mit den beiden tansanischen Top-Fußball-Teams Simba und Yanga lieferten

sicher einen Beitrag für die Verbreitung des Virus. Im Februar / März 2021 kam es zu einer bisher einzigen deutlich sichtbaren Corona-Welle, die auch Opfer in der politischen Elite des Landes forderte. Am 17. März wurde der Tod Magufulis bekannt gegeben, offiziell starb er an Herzproblemen. Nachfolgerin als Präsidentin wurde die bisherige Vizepräsidentin, die Sansibarin Samia Suluhu Hassan.

Neuer Oberbürgermeister

Währenddessen gab es auch in der Stadtpolitik von Sansibar Veränderungen, die aus dem Wahlergebnis von 2020 resultierten. Neuer Oberbürgermeister des Urban Municipal Council von Sansibar wurde Ali Haji Haji, ein 45 Jahre alter Lehrer und bisheriger Stadtverordneter. Kontakt mit der Städtepartnerschaft hatte er schon 2017 beim Treffen der Potsdamer Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung Birgit Müller mit Stadtverordneten von Sansibar. Schon kurz nach seinem Amtsantritt zu Jahresbeginn 2021 kam es zu einem Treffen mit Kilian Kindelberger, dem gerade in Sansibar weilenden Sprecher des Freundeskreises Potsdam – Sansibar.



Bürgermeister Ali Haji Haji mit Kilian Kindelberger

Ali Haji Haji erklärte dabei sein großes Interesse an einer erfolgreichen Fortführung der Partnerschaft. Da auch Potsdam seit 2019 mit Mike Schubert einen neuen OBM hat, sieht der Freundeskreis eine wichtige Aufgabe darin, beide Stadtoberhäupter für die jeweils andere Partnerstadt zu begeistern und einen persönlichen Kontakt zwischen ihnen herzustellen.

Die Projekte gehen weiter

Viele durch die Partnerschaft angestoßenen Projekte entwickeln sich in der Pandemiezeit weiter. Insbesondere ist hier die Ausgestaltung des Botanischen Gartens von Sansibar zu nennen, der zu einem echten Kleinod im Stadtteil Kilimani geworden ist und wo auch zehn Monate nach Ende des Förderprojektes umfangreiche Aktivitäten zu seinem Erhalt und seiner Weiterentwicklung sichtbar sind.

Der Frauenfußball von Sansibar – von Anfang an von der Partnerschaft unterstützt – hat formale Strukturen bekommen. 2020 wurde die erste Meisterschaft Sansibars ausgespielt – die Siegermannschaft bekam eine Torte und eine Grußbotschaft von Turbine Potsdam – und im Januar 2021 gab es erstmalig den Mapinduzi-Cup auch für Frauen. Meister wurden das Team der „Women Fighters“, Pokalsieger die „New Generation“. In beiden Mannschaften standen mit Warda Khalid Abdalla, Msimu Suluhu Hasan, Nasriya Hashir Abdalla, Sabahi Yussuf Hashim und Ibtysam Salum Yussuf Spielerin-

nen auf dem Platz, die schon 2009 beim Spiel des sansibarischen Teams gegen den FFC Turbine Potsdam in Ludwigsfelde mit dabei waren. Doch die erhöhte Aufmerksamkeit hatte wohl auch ihren Preis und rief die Gegner des Frauenfußballs auf den Plan: Seit Anfang 2021 ist das Tragen von langen Leggings und schwarzen Haarnetzen beim Spiel Pflicht...

Auch die Zusammenarbeit der Schulen beider Städte konnte weitergeführt werden, im August 2020 wurde die offizielle Partnerschaft zwischen dem Potsdamer Humboldt-Gymnasium und der Mwembeladou Secondary School in Sansibar unterzeichnet.

Eine große kulturhistorische Katastrophe war dagegen der Einsturz des House of Wonders, des ehemaligen Sultanspalasts und Wahrzeichens der Stadt, am 25. Dezember 2020. Zwei Arbeiter verloren dabei ihr Leben. Trotz vieler Lippenbekenntnisse, das Gebäude wiederaufzubauen, hat sich zumindest bis jetzt in dieser Richtung nichts getan.

Der Freundeskreis Potsdam-Sansibar

Weitere Informationen zur Geschichte, Veranstaltungen und neueste Nachrichten entnehmen Sie bitte der Website des Freundeskreises Potsdam – Sansibar: www.sansibar-potsdam.de



House of Wonders, unzerstört



House of Wonders, nach dem Einsturz am 25.12.2020

Die Klimapartnerschaft des Landkreises Teltow- Fläming mit Katima Mulilo



Pandemiebedingte Herausforderungen in der kommunalen Klimapartnerschaft

Dietlind Biesterfeld

Beigeordnete Landkreis Teltow-Fläming

Das Streben nach Sicherheit, Daseinsfürsorge, Umwelt- und Klimaschutz, Gesundheit und Gemeinwohl verbindet Menschen auf der ganzen Welt.

Die Klimapartnerschaften sollen dabei den informellen Austausch von kommunalem Know-how ermöglichen und neues Wissen für beide Partner generieren. Dies erfolgt insbesondere durch die gemeinsame Erstellung von Handlungsprogrammen zu den Themen Klimaschutz und Klimaanpassung. Abfallmanagement und Umweltbildung bleiben vorerst die Kernthemen der Klimapartnerschaft zwischen dem Landkreis Teltow-Fläming und der Kommune Katima Mulilo in Namibia.

Das Projekt initiiert einen Bottom-up-Prozess, um den Herausforderungen des Klimawandels zu begegnen. Ein Entgegenkommen auf Augenhöhe ist wichtiges Fundament der Partnerschaft.

Katima Mulilo

Die Stadt Katima Mulilo, Hauptstadt der Region Sambesi, liegt im äußersten Nordosten Namibias. Die Region ist geprägt vom Sambesi-Fluss. Er ist die Grundlage für die dortige Agrarwirtschaft. Durchschnittlich leben 4,5 Personen in einem Haushalt. Es gibt weder ein kommunales Abfallmanagement noch





Beigeordnete Dietlind Biesterfeld (Mitte) bei einem Besuch in Katima Mulilo

Umweltbildung in der Kommune. Wer Müll hat, wirft ihn auf die Straße. In den seltensten Fällen gibt es einen Mülleimer. Abfall wird nicht getrennt.

Der Landkreis Teltow-Fläming erhofft sich von dem Austausch mit Katima Mulilo eine Stärkung des Bewusstseins seiner Einwohner:innen für die Auswirkungen und Folgen des Klimawandels, Impulse für die Umweltbildung und gemeinsame Erfolge.

Was ist der Plan?

Der Plan für die Partnerschaft: In einer dreijährigen begleiteten Aufbauphase sollen die Grundlagen für die Erarbeitung des gemeinsamen Handlungsprogramms gelegt werden. Dieses ermöglicht später die Förderung von notwendigen Vorhaben. Der fachliche Austausch innerhalb der Klimapartnerschaften sowie die erste Kontaktaufnahme und Vernetzung sind wichtige Grundsteine für eine erfolgreiche Zusammenarbeit.

Die Vermeidung, Trennung und Entsorgung von Plastikmüll sowie Umweltbildung sind bereits vereinbarte Schwerpunktthemen beider Klimapartner. Gegenseitige Besuche von Delegationen im Oktober 2019 und Januar 2020 ermöglichten ein erstes Kennenlernen der Klimapartner und der Kommune selbst.

Seit der Corona-Pandemie ist alles anders. Entsendungen konnten und können absehbar nicht stattfinden. Beide Verwaltungen haben in den letzten 1½ Jahren mit neuen Aufgaben zu tun gehabt, die neben dem Alltagsgeschäft bewältigt werden mussten.

Um weiter an einem gemeinsamen Handlungsprogramm zu arbeiten, ist Ende Oktober eine virtuelle Entsendung geplant. Die instabile Internetverbindung in Katima Mulilo ist ein großes Problem. Videokonferenzen können deshalb teilweise nicht stattfinden oder werden unterbrochen. Die Partner:innen aus Namibia reisen dafür aus Katima Mulilo nach Windhoek an.

Thema auch bei den Baruther Schlossgesprächen

Bei den „Baruther Schlossgesprächen für eine nachhaltige Entwicklung in Brandenburg“ war dies am 8. September 2021 ein Hauptthema.

Eine Gesprächsrunde gab einen Einblick in die Auswirkungen von Corona auf kommunale Projektpartnerschaften zwischen brandenburgischen Kommunen und Kommunen im Globalen Süden: Die Beigeordnete Dietlind Biesterfeld (Teltow-Fläming) konnte aus der Partnerschaft zwischen dem Landkreis und

Katima Mulilo in Namibia berichten, dass die Impfbereitschaft in Namibia, ihrer Wahrnehmung nach auch kulturell bedingt, eine viel geringere ist, als das in Deutschland der Fall sei. Deshalb müsse man in dem afrikanischen Staat mit einem ganz anderen Verlauf der Pandemie zurechtkommen. Dies beeinflusse die Zusammenarbeit stark.

Gemeinsames Projekt: "world-cleanup-day"

Der world-cleanup-day ist die größte Bottom-up-Bürgerbewegung der Welt zur Beseitigung von Umweltverschmutzung und Plastikmüll. Am 18. September 2021 wurde im Landkreis Teltow-Fläming und in Katima Mulilo fleißig gemeinsam Müll gesammelt und ein starkes Zeichen für eine saubere, gesunde und Plastikmüll freie Umwelt gesetzt. Das macht, trotz der gegenwärtigen Probleme, Hoffnung auf eine erfolgreiche weitere Zusammenarbeit.

Zum Impfstatus in Namibia

Die Impfstoffe Oxford / AstraZeneca und Sinopharm / Beijing werden in Katima Mulilo verabreicht.

Der aktuelle Stand zum Impfgeschehen stellt sich wie folgt dar:

Verabreichte Dosen 408.000, Vollständig geimpft 159.000 (6,4 %) Stand: 28.09.21

Quelle: Africa Centres for Disease Control and Prevention / Afrikanische Zentren für die Kontrolle und Prävention von Krankheiten



Lokal Handeln – Aussöhnend Wirken

Ein Plädoyer für mehr Kommunalpartnerschaften zwischen Namibia und Deutschland

Heiner Naumann

*Von 2014 bis 2020 Landesvertreter
der Friedrich-Ebert-Stiftung in Namibia*



Über den im Mai 2021 erreichten Abschluss der mehr als fünfjährigen Verhandlungen, zur Anerkennung – durch die Bundesregierung – des während der deutschen Kolonialzeit in Namibia begangenen Völkermordes, wurde anschließend immer wieder in den deutschen Medien berichtet. Viele Menschen im Land haben dadurch erstmals von den während der Kolonialzeit begangenen Kriegsverbrechen erfahren.

Namibia – Geschichte einer deutschen Kolonie

Namibia – damals Deutsch-Südwestafrika – war von 1884 bis 1915 deutsche Kolonie. Zwischen 1904 und 1908 wurden unter der deutschen Kolonialherrschaft geschätzte 90.000 Angehörige der Volksgruppen Herero und Nama von Truppen des deutschen Kaiserreichs getötet. Historiker sprechen vom ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts.

Grundlage dafür war der sogenannte „Vernichtungsbefehl“ des damaligen deutschen Kommandanten von Trotha, der besagte, dass jeder Nama und Herero, der sich in den Grenzen des damaligen Kolonialgebietes aufhielt, zu töten sei.

1915 endete für Deutsch-Südwestafrika die deutsche Kolonialzeit und damit der 1. Weltkrieg. Das Land wurde von nun an bis zu seiner Unabhängigkeit 1990 von Südafrika verwaltet, und war aufgrund der Ächtung des südafrikanischen Apartheidregimes weltweit isoliert. Nach der Unabhängigkeit haben sich die Beziehungen zwischen Namibia und Deutschland positiv entwickelt.

Sehnsuchtsort Namibia

Im Land leben noch ca. 20.000 Deutsche bzw. deutschstämmige Namibier, deren Einfluss noch überall sichtbar ist. Vor der Corona-Pandemie besuchten fast 150.000 deutsche Touristen jedes Jahr das Land und machten es damit zur beliebtesten Destination südlich der Sahara.

Die seit der Unabhängigkeit 1990 geleistete Entwicklungshilfe hat bei den meisten Namibiern zu einer größeren Aufgeschlossenheit gegenüber Deutschen und Deutschland geführt. Teile der Regierung können sich eine langfristige „Entwicklungspartnerschaft“ mit Deutschland vorstellen, nicht zuletzt um ein wenn auch kleines Gegengewicht zu dem immer bedeutender werdenden Engagement der Volksrepublik China zu bilden.

Ergebnisse des Abkommens:

Die wichtigsten bisher bekannt gewordenen Ergebnisse des jetzt verhandelten Abkommens sind:

- Die Verbrechen deutscher Kolonialtruppen werden als Völkermord anerkannt.
- Der Bundespräsident wird sich nach Ratifizierung des Versöhnungsabkommens durch das namibische Parlament in eben diesem, im Namen Deutschlands für den Genozid offiziell entschuldigen.
- Die Bundesrepublik wird über einen Zeitraum von 30 Jahren einen zusätzlichen Betrag von € 1.1 Mrd. zur Verfügung stellen. Das Geld soll zum Erwerb von Land, für Infrastrukturmaßnahmen und für Versöhnungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt werden.

Da die Erwartungen in Namibia bezüglich der finanziellen Entschädigungen wesentlich höher waren, haben Teile der betroffenen Ethnien in einer ersten Reaktion das Verhandlungsergebnis abgelehnt. Aufgrund der seit Juni sehr massiv auftretenden dritte Corona Welle in Namibia, der u.a. der Verhandlungsführer der namibischen Seite, der „Paramount Chief“ der Hereros und zahlreiche andere hochrangige Politiker zum Opfer fielen, musste das Ratifizierungsverfahren im namibischen Parlament ausgesetzt werden. Eine geplante Reise des deutschen Außenministers musste zweimal verschoben und dann abgesagt werden.

Damit war der Zeitplan, der eine Ratifizierung in beiden Ländern noch vor den Bundestagswahlen im September vorsah, nicht mehr zu halten. Es bleibt zu hoffen, dass die Ratifizierung bald erfolgt und das Abkommen wie ausgehandelt in Kraft treten wird. Die dafür notwendigen parlamentarischen Mehrheiten sind gegeben.

Anders als bei den Versöhnungsprozessen, die die Bundesrepublik mit seinen europäischen

Nachbarn Frankreich, Polen, der ehemaligen CSSR und der ehemaligen Sowjetunion begonnen hat, haben sich die politischen Spitzenvertreter in Deutschland und Namibia während der Verhandlungen aber nicht demonstrativ zu dem Abkommen und einem Aussöhnungsprozess bekannt. Dies hat in beiden Ländern dazu geführt, dass die Zahl der zivilgesellschaftlichen Befürworter eines Abkommens und eines angestrebten Aussöhnungsprozesses überschaubar ist.

Bekennung zum Versöhnungsprozess?

Dabei ist gerade jetzt wichtig, dass ein Aussöhnungsprozess aktiv unterstützt wird. Ein Abkommen allein kann keine Versöhnung bewirken. Ähnlich wie bei der deutsch-französischen oder der deutsch-polnischen Aussöhnung bedarf es zahlreicher Akteure und Programme, die helfen, die Vergangenheit aufzuarbeiten und die Menschen in beiden Ländern einander näher zu bringen. Dabei können Städtepartnerschaften, ähnlich wie in den Aussöhnungsprozessen, mit den europäischen Nachbarn eine entscheidende Rolle spielen. So wurden zwischen Städten in Deutschland und Frankreich inzwischen mehr als 2.000 Partnerschaften geschlossen.

Von den beiden Regierungen kann eine direkte Förderung eines Aussöhnungsprozesses nur eingeschränkt erwartet werden. Deutsche Kommunen können hier eine wichtige Aufgabe übernehmen und sind durch das Mandat der Bundesregierung als Träger der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit auch dazu legitimiert.

Herero, Nama und Ovambo – wer bekommt wie viel?

Insbesondere weil das Verhältnis zwischen den vom damaligen Völkermord betroffenen Volksgruppen der Herero und Nama und

namibischen Regierung keineswegs spannungsfrei ist. Die beiden Gruppen machen jeweils ca. 5 % der namibischen Bevölkerung aus, während die Regierung von der knapp 70 % der Bevölkerung ausmachenden Ethnie der Ovambo dominiert wird. Dies hat dazu geführt, dass sich Herero und Nama nur unzureichend von ihrer Regierung vertreten fühlen. Es wird sogar befürchtet, dass die von der Bundesregierung in Aussicht gestellten Finanzmittel nicht ausschließlich zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der vom Völkermord betroffenen Ethnien verwendet werden.

Städtepartnerschaften unterliegen diesem Vorbehalt nicht. Sie verbinden direkt deutsche Kommunen mit den interessierten Kommunen der Nama und Hereros. Sie können sich ohne Einflussnahme durch die namibische Zentralregierung direkt der Aufarbeitung der Vergangenheit und der Aufnahme eines Aussöhnungsprozesses widmen. Zusätzlich kann das in beiden Ethnien immer noch recht negative Image Deutschlands durch Begegnungsveranstaltungen, Zusammenarbeit bei Maßnahmen gegen den Klimawandel, Schulpartnerschaften, gemeinsamen Projekten zur Verbesserung kommunaler Dienstleistungen – um nur einige Beispiele zu nennen – positive Impulse erhalten.

Partnerschaften im Spannungsfeld von privaten und Regierungsinitiativen

Deutsche Kommunen pflegen derzeit mehr als 7.000 internationale Partnerschaften, davon 1.000 mit Städten und Gemeinden in Ländern des Globalen Südens. Zwischen Deutschland und Namibia bestehen aktuell rund 15 derartige Partnerschaften, die meist auf die Initiative von Einzelpersonen zurückzuführen sind und ihre Inhalte aus bilateralen Kontakten entwickelt haben.

Dabei hat die Bundesregierung die Kommunen ausdrücklich als wichtige Träger der Entwicklungszusammenarbeit vorgesehen. Bundes-

länder, Kommunen und private Initiativen werden explizit als wichtige Träger genannt und gewünscht.

Die deutsche Regierung bezeichnet die Kommunen als unverzichtbare Partner in der Entwicklungszusammenarbeit. Ziel des Entwicklungshilfeministeriums ist es, die kommunale Entwicklungszusammenarbeit zur Normalität in deutschen Kommunen zu machen. Sie unterstützt diese dabei Strategien zu entwickeln und konkret umzusetzen, damit das kommunale Handeln global nachhaltig ist. Dafür wurde nach dem Motto: „Lokal handeln – Global wirken“ ein umfangreiches Instrumentarium zur Verfügung gestellt. Es wäre zu wünschen, dass die Bundesregierung die Städtepartnerschaften mit namibischen Kommunen gezielt unterstützt und damit deren Bedeutung für den gerade beginnenden Versöhnungsprozess noch stärker unterstreicht.

Partnerschafts-„Champions“

Es muss aber auch konstatiert werden, dass nicht alle Partnerschaften deutscher Kommunen mit namibischen Partnern erfolgreich sind. Es gibt „Champions“ wie z.B. die Partnerschaft der Stadt Bremen mit Windhoek und es gibt „Karteileichen“ von Partnerschaften, die nur auf dem Papier existieren. Wenn man nach den Gründen forscht, fallen vor allem zwei auf:

- Partnerschaften, bei denen zivilgesellschaftliche Gruppen die Kommunen aktiv unterstützen und dabei als „Motor der Partnerschaft“ agieren sind erfolgreicher als jene ohne deren aktive Präsenz.
- Partnerschaften, die im Rahmen eines übergeordneten Ziels, wie z.B. Versöhnung geschlossen wurden, sind erfolgreicher als die mit einer nur auf den Einzelfall bezogenen Agenda.

Keetmanshoop und Kleinmachnow: Partnerschaft im Entstehen

Ein Beispiel könnte die zurzeit entstehende Partnerschaft zwischen Kleinmachnow in Brandenburg und Keetmanshoop sein. Keetmanshoop ist mit mehr als 30.000 Einwohnern der größte Ort im südlichen Namibia und Zentrum der Nama. Kleinmachnow ist eine 22.000 Einwohner zählende Kommune zwischen Berlin und Potsdam.

In Kleinmachnow ist 2019 eine mittlerweile aus über 15 Mitgliedern bestehende Initiative entstanden, die diese Partnerschaft gestalten möchte. Die Gemeinde hat sich bisher positiv geäußert, ebenso wie der Bürgermeister und die Stadtvertreter aus Keetmanshoop.

Aus Keetmanshoop kamen unterdessen zahlreiche konkrete Projektvorschläge für die Partnerschaft. Kleinmachnow kann sich neben Schulpartnerschaften und Kooperationen zwischen den Vereinen, aber auch andere wichtige Schwerpunkte wie z.B. eine Klimapartnerschaft vorstellen.

Interesse an Partnerschaften wächst

Das Interesse namibischer Kommunen an derartigen Partnerschaften ist groß und wächst weiter. So wurde aus Okakarara (Region Otjozonjupa), Opuwo (Kunene), Otjinene (Omaheke), Marienthal (Hardap), Karasburg (Karras) und Gibeon Village (Karras) bereits Interesse an einer Kooperation mit einer deutschen Kommune signalisiert. Kontakte können über die Redaktion oder über den Autor vermittelt werden.

Namibia ist zwar geografisch weit entfernt, uns aber in vielem vertraut. Es gibt eine gefestigte Demokratie, die politische Machtwechsel erlaubt, eine unabhängige Justiz, unabhängige Medien sowie eine Wirtschaftsleistung die weit über dem afrikanischen Durchschnitt liegt. Diese Rahmenbedingungen und die Möglichkeiten einen überfälligen Aussöhnungsprozess mit gestalten zu können, machen namibische Kommunen zu sehr interessanten Partnern.

Rolle der SKEW

Die SKEW begleitet das Projekt und hat bereits die Förderung einer Anbahnungsreise und eines Gegenbesuches in Aussicht gestellt. Mit Unterstützung durch die Landesregierung Brandenburg erfolgte eine Vernetzung mit anderen Projekten wie der Partnerschaft zwischen Teltow-Fläming und Katima Mulilo im Norden Namibias sowie den „Baruther Schlossgesprächen“, die dem developmentpolitischen Austausch zwischen unterschiedlichen Brandenburger Initiativen dienen. Allein die Corona Pandemie hat bisher verhindert, dass ein persönliches Treffen zwischen Keetmanshoop und Kleinmachnow möglich war. Zahlreiche Videokonferenzen haben die Partnerschaft aber bereits sehr gestärkt.

Masken für Teltow

Pragmatische Aktion brachte unerwartete Hilfe innerhalb einer Städtepartnerschaft

Thomas Schmidt

Bürgermeister von Teltow



Städtepartnerschaft Teltow – Rudong

Der Städtepartnerschaftsvertrag zwischen Teltow und Rudong ist in Teltow am 18. September 2018 unterschrieben worden. Darin heißt es, dass beide Städte „den Austausch und die Zusammenarbeit in Fragen der Kultur, der Bildung und des Sports und der Wirtschaft unterstützen und fördern. Die vereinbarten Ziele sollen schrittweise durch den Austausch und die Zusammenarbeit von Vereinen, Verbänden sowie den Bürgern beider Städte erreicht werden. Beide Seiten führen Delegationsbesuche in nicht festgelegten Zeitabständen durch.“ Innerhalb des ersten Jahres dieser Städtepartnerschaft gab es den Besuch einer Teltower Delegation in Rudong und den einer hochkarätigen Delegation aus Rudong in Teltow.



Außerdem stehen Bürgermeister Thomas Schmidt und Jun Feng Shen, der inzwischen vom Rudonger Bürgermeister zu einer Art Regionalpräsident aufgestiegen ist, in regelmäßigem schriftlichen Austausch. Beide Seiten lassen keinen Zweifel daran, dass diese Partnerschaft zum gegenseitigen Vorteil weiterentwickelt werden soll.

Großzügige Masken-Spende aus der chinesischen Partnerregion Rudong

Groß war die Überraschung, dass die chinesische Region Rudong ihrer brandenburgischen Partnerstadt Teltow schon zu Beginn der Corona-Pandemie im April 2020 rund 30.000 Mund-Nasen-Masken gespendet hat.





Teltows Feuerwehrchef Jan Ehlers (l.) und Teltows Bürgermeister Thomas Schmidt (r.)

Die Lieferung war am 6. April 2020 auf dem damals noch geöffneten Flughafen Berlin-Tegel eingetroffen. Aus Sicherheitsgründen wurde die Ankunft nicht öffentlich kommuniziert. Teltows Bürgermeister Thomas Schmidt nahm gemeinsam mit Feuerwehrchef Jan Ehlers die Spende bereits am Flughafen persönlich in Empfang.

„Die Stadt Teltow bedankt sich sehr, dass ihre chinesische Partner-Region in dieser schweren Zeit die Verbindung aufrechterhält und das bestehende Freundschaftsband mit dieser Spende nachhaltig stärkt“, so Bürgermeister Thomas Schmidt. „Der Bedarf an Masken in Pflegeeinrichtungen, ambulanten Pflegen und bei niedergelassenen Ärzten in Teltow ist nach wie vor riesig. Bund, Land und Landkreis können hier leider nur bedingt helfen. Deshalb ist es für uns umso wichtiger, dass die Stadt selbst alle Möglichkeiten nutzt, um den Menschen den dringend gebrauchten Schutz zu bieten“, so Schmidt weiter. „Die in der Vergangenheit manchmal belächelte Städtepartnerschaft zwischen Teltow und der Millionen-Region Rudong erwies sich in dieser Krisenzeit als echter Gewinn.“

Bei der nicht leichten Abwicklung des Transports der gespendeten Masken stand der Stadt Teltow die China-Expertin Astrid Judith beratend zur Seite. Astrid Judith hatte bereits in der Vergangenheit bei den ersten Schritten zur Städtepartnerschaft zwischen Rudong und Teltow eine wichtige Vermittlerrolle eingenommen. „Diese seriöse Beratung und die damit einhergehende direkte Kommunikation mit staatlichen Stellen hat uns erst in die Lage versetzt, dringend benötigte Hilfsgüter für die Region zu mobilisieren“, so Bürgermeister Schmidt.

Die Mund-Nasen-Masken wurden schließlich ab dem 8. April 2020 an Pflegeeinrichtungen und niedergelassene Ärzte in Teltow verteilt. Bei der Verteilung waren nicht nur Mitarbeiter der Stadtverwaltung und Kameraden der Feuerwehr mit von der Partie, auch das in Teltow ansässige Unternehmen „Autohaus Höricke“ unterstützte die Aktion. Firmenchef Torsten Höricke hatte sich über das städtische Hilfsportal „Helfende Hände Teltow“ an die Stadt gewandt und seine Transportkapazitäten angeboten.

Brandenburg packt an: Nachhaltigkeit in Zeiten der Corona-Pandemie

Ira Matuschke und Ortwin Renn

*Ortwin Renn, Wissenschaftlicher Direktor,
Institut für transformative Nachhaltigkeits-
forschung (IASS)*

*Ira Matuschke, Wissenschaftliche Leiterin
der Geschäftsstelle, Nachhaltigkeitsplatt-
form Brandenburg, Institut für transforma-
tive Nachhaltigkeitsforschung (IASS)*



Brandenburg steht – wie viele Bundesländer – vor großen Nachhaltigkeitsherausforderungen: Agrarwende, Energiewende, Mobilitätswende, Strukturwandel, Anpassung an den Klimawandel, Förderung der ländlichen Räume, Wiederbelebung der Wirtschaft nach der Corona-Pandemie, Wasserversorgung und Gewässerschutz seien hier beispielhaft zu nennen. Gleichzeitig wächst der Wunsch nach einer nachhaltigeren Entwicklung des Landes. Insbesondere die Corona-Pandemie hat in den letzten anderthalb Jahren ein Gelegenheitsfenster für tiefgreifende Nachhaltigkeitsbestrebungen geöffnet, weil viele Brandenburger:innen ein stärkeres Bewusstsein entwickelt haben, dass mehr Nachhaltigkeit in allen Lebensbereichen das Land resilienter gegen kommende Krisen aufstellt. Auch extreme Wetterereignisse, wie die verheerenden Überschwemmungen in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen im Juli 2021 und die vergangenen Dürresommer in Brandenburg, haben das Bewusstsein für die Themen Klimaschutz und Klimaanpassung in der Bevölkerung verstärkt. Inwieweit Verhaltensänderungen nach Abflauen der Corona-Pandemie Bestand haben werden, ist unklar. Jedoch gilt

es das Gelegenheitsfenster weit aufzustoßen, um die nachhaltige Entwicklung im Land voranzutreiben.

Die Nachhaltigkeitsarchitektur des Landes hat sich in den letzten zwei Jahren bereits verändert und ist vielfältiger geworden: Zum einen wurde der im Koalitionsvertrag der Landesregierung vereinbarte Nachhaltigkeitsbeirat im Februar 2021 durch Ministerpräsident Dietmar Woidke einberufen. Er umfasst, unter Vorsitz von Ortwin Renn, sechs Mitglieder: vier Wissenschaftler:innen, ein Vertreter der Wirtschaft und eine Jugendvertreterin. Der Beirat leistet Beiträge zur Weiterentwicklung der Landesnachhaltigkeitsstrategie (LNHS), berät auf Basis seiner politik- bzw. anwendungsorientierter Expertise die Landesregierung zu Fragen der Nachhaltigkeit im Land und arbeitet eng mit der Nachhaltigkeitsplattform Brandenburg zusammen, um eine breite Beteiligung der Zivilgesellschaft zu gewährleisten. Er widmet sich im Jahr 2021 / 2022 zwei Schwerpunktthemen: i) Resiliente Erneuerung nach der Corona-Krise mit den Schwerpunkten Digitalisierung sowie Leben, Lernen und

Arbeiten und ii) Umsetzung der Energiewende in Brandenburg und klimaneutrale Industrieprozesse. Der Beirat ist mit Befassungs- und Anhörungsrechten sowie Vorschlagsrechten ausgestattet.

Nachhaltigkeitsplattform Brandenburg

Zum anderen konnte sich die im Jahr 2019 gegründete Nachhaltigkeitsplattform Brandenburg weiter entfalten. Sie ist ein aktives Kommunikationsforum und ein lebendiges Netzwerk für die vielfältigen Nachhaltigkeitsinitiativen im Land Brandenburg. Durch die Vernetzung von derzeit 140 regionalen Initiativen werden Synergieeffekte sichtbar. Zusätzlich bietet die Plattform ein Forum für den Austausch von Erfahrungen, um ein „voneinander Lernen“ der Initiativen zu ermöglichen. Anliegen und Wünsche aus der Region können über die Arbeit der Plattform an die zentralen Akteure aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft herangetragen sowie in die zentralen Prozesse zur Weiterentwicklung der LNHS einbezogen werden. Die Plattform wird durch eine 25-köpfige Steuerungsgruppe gelenkt, die das Programm der Plattform bestimmt. Zusätzlich arbeiten fünf Arbeitsgruppen an Zukunftsthemen für das Land Brandenburg. Im Jahr 2022 wird sich die Plattform auch in die Weiterentwicklung der LNHS einbringen, um den diversen „Stimmen der Regionen“ Gehör zu verschaffen und die Strategie an die Besonderheiten und vielfältigen Gegebenheiten des Landes anzupassen.

Nachhaltigkeit ist Chefsache

Die LNHS liegt im Verantwortungsbereich der Staatskanzlei. Im 4. Quartal 2021 wird dazu ein Eckpunktepapier erwartet, das die wesentlichen Elemente im Prozess der Überarbeitung der Strategie darlegt. Ein erster Entwurf zeigt, dass die Strategie eine stärkere Orientierung an der Agenda 2030 und eine vertiefte

Integration der Fachstrategien beinhalten wird, um Wechselwirkungen zwischen den SDGs aufzuzeigen und zu steuern. Gleichzeitig soll auch die Landesverwaltung nachhaltiger arbeiten. Weiterhin verantwortet die Staatskanzlei die Regionalentwicklungsstrategie, die sich die Regionalentwicklung in allen Teilräumen des Landes und eine Verbesserung des regionalen Zusammenhaltes zum Ziel gesetzt hat. In diesem Zusammenhang hat die Staatskanzlei auch die Koordinierung einer Interministeriellen Arbeitsgruppe übernommen und erkennt damit an, dass Nachhaltigkeit eine Querschnittsaufgabe im Land Brandenburg ist.

Nachhaltigkeit und Regionalentwicklung

Während die Staatskanzlei die Weiterentwicklung der LNHS und die Regionalentwicklungsstrategie verantwortet, ist das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK) weiterhin für das Thema Nachhaltigkeit zuständig. Zurzeit entwickelt das MLUK einen Klimaplan, der die bestehenden Strategien des Landes für die Bereiche Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr auf Klimaverträglichkeit prüft und ein Maßnahmenpaket ausarbeitet, das den Erfordernissen des Klimaschutzes entgegenkommt. Der Klimaplan wird auf einem breiten Beteiligungsverfahren aufbauen und soll im ersten Halbjahr 2022 durch die Landesregierung beschlossen werden.

Diese Entwicklungen zeigen, dass sich Brandenburg auch in der Corona-Pandemie auf den Weg zu einer stärkeren Umsetzung der Nachhaltigkeit gemacht hat. Es gibt noch viel zu tun, keine Frage! Aber die wesentlichen Steine sind ins Rollen gebracht worden, um die Zukunftsthemen des Landes mit einem Fokus auf eine nachhaltige Entwicklung anzugehen und Brandenburg gegen kommende Krisen resilient aufzustellen.

Zusammenarbeit für eine nachhaltige Entwicklung

Tamara Mariela Moll

*Business Scout for Development
Deutsche Gesellschaft für Internationale
Zusammenarbeit (GIZ) GmbH*



Die Entwicklungszusammenarbeit, um die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen über die Agenda 2030 zu erreichen – das geht nicht ohne die Privatwirtschaft. Als Quelle innovativer Ideen sind Unternehmen sogar maßgeblich an der Bewältigung globaler Herausforderungen beteiligt. Dabei kann es um die Verbesserung der ökologischen Situation im Land, um einen Beitrag zum Gesundheitswesen, der Ernährungslage, der Energieversorgung oder um die Schaffung von Arbeitsplätzen gehen. Dazu brauchen die Unternehmen zusätzliche Motivation und Begleitung. Dafür stellt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) der Privatwirtschaft seit dem Jahr 2021 entwicklungspolitische Expertinnen und Experten – sogenannte Business Scouts for Development – zur Seite. Als Nachfolger der ehemaligen EZ Scouts sind sie im Inland wie im Ausland direkt in die Strukturen der Wirtschaft, z. B. über die Kammern sowie die Branchenverbände, eingebunden und schlagen die Brücke zwischen Außenwirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit. Die Business Scouts sind sowohl mit den Instrumenten, Angeboten und Ansätzen der Entwicklungszusammenarbeit vertraut als auch mit den Perspektiven und Bedarfen der Privatwirtschaft. Durch das geschlossene, länderübergreifende Netzwerk in rund 40 Partnerländern können Synergien in Wirtschaftsräumen und Branchen optimal genutzt werden. Gleichzeitig werden Impulse, Anforderungen und Bedarfe aus der Praxis aufgenommen und in Richtung Politik

zurückgespielt. Bestehende Förderinstrumente für den Privatsektor können so kontinuierlich angepasst und weiterentwickelt sowie passgenaue, neue Angebote zur Verfügung gestellt werden. Auch für die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg sowie Mecklenburg-Vorpommern steht den Unternehmen seit Beginn des Jahres eine neue Beraterin für Entwicklungszusammenarbeit bei der IHK Potsdam zur Seite, die Projekte in Entwicklungsländern und ein nachhaltiges geschäftliches Engagement unterstützt.

Brandenburgs Unternehmen schauen auf den Chancen- kontinent Afrika

Dass sich Angebot und Nachfrage hier treffen, bestätigt die aktuelle Außenwirtschaftsumfrage der brandenburgischen Industrie- und Handelskammern (IHKs), an der rund 700 Unternehmen teilgenommen haben. Die Ergebnisse zeigen, dass die Exportquote in Brandenburg von rund 30,2 Prozent noch immer unter dem Bundesdurchschnitt von 51,5 Prozent liegt, sich das Interesse an neuen Auslandsmärkten jedoch gewandelt hat. So schauen Unternehmen aus der Region verstärkt auf entfernte, dynamische Märkte wie Subsahara-Afrika, den Nahen Osten, Nordafrika sowie Mittel- und Südamerika. Gerade Afrikas wachsende Volkswirtschaften bieten mit einem großen Markt für Digitales, riesigen

Reservoirs für erneuerbare Energien sowie vielen jungen Arbeitskräften für die deutsche Wirtschaft enormes Potenzial bei gleichzeitig hohem Investitionsbedarf. Bisher wagen zu wenige deutsche Unternehmen den Schritt auf den Kontinent. Zu riskant sei das Unterfangen, zu unsicher die Finanzierung von Projektvorhaben. Als besonders herausfordernd werden die Zollabwicklung und das komplexe Steuersystem empfunden. Die deutsche Regierung hat hierauf bereits reagiert und möchte die Handelsbeziehungen zum afrikanischen Kontinent deutlich ausbauen und vor allem im Sinne der deutschen Wirtschaft neu gestalten. Unternehmen können bereits heute aus einem breiten Angebot wählen, das sie von der Projektidee bis zum Markteintritt begleitet. Eine gezielte Unterstützung, um den Markteintritt zu erleichtern, wünschen sich auch die Unternehmen in Brandenburg vor allem in Form von individueller Beratung und Netzwerkkontakten sowie bei der konkreten Suche nach verlässlichen Geschäftspartnern.

Genau hier setzt die Business Scout der IHKs in Brandenburg an und ermöglicht Mitgliedsbetrieben einen niedrighschwelligigen Zugang zur deutschen Entwicklungszusammenarbeit – von individueller Beratung zu Förder-, Finanzierungs- und Kooperationsangeboten über die Vernetzung von Unternehmen mit potenziellen Geschäftspartnern. Neben Instrumenten wie dem bewährten devloPPP-Programm, dass bereits seit 20 Jahren Unternehmen bei ihren langfristigen Aktivitäten in Entwicklungsländern begleitet, gibt es immer mehr Programme die speziell ein Engagement in Afrika unterstützen. Zu nennen ist hier beispielsweise die Sonderinitiative Ausbildung und Beschäftigung, die nachhaltige Investitionen mit hoher Beschäftigungswirkung in Ländern wie Äthiopien, Ghana und Tunesien fördert, die neue Allianz für Entwicklung und Klima, die sich für entwicklungsförderliches und klimafreundliches Wirtschaften einsetzt oder Finanzierungsinstrumente wie AfricaGrow und AfricaConnect, die die Investitions- und Geschäftstätigkeit deutscher und europäischer Unternehmen auf dem afrikanischen Kontinent stärken sollen. Flankierend

bietet die IHK Potsdam für Unternehmen eine weitere Plattform auch für den Erfahrungsaustausch der Unternehmen untereinander: Die neuen Arbeitskreise Afrika und MENA (Middle East and North Africa) sind branchenoffen und tagen zwei Mal im Jahr. Im kleinen Kreis sollen Strategien erarbeitet und diskutiert werden, um erfolgreich in den beiden Regionen Geschäfte zu machen. Neben der individuellen Beratung und Begleitung haben Unternehmen und Netzwerkpartner auch die Chance an begleitenden Webinaren teilzunehmen, um sich Erstinformationen zu gezielten Ländern und Branchen einzuholen, z.B. zum Thema „IT-Nearshoring in Tunesien“ oder „Menschenrechtliche Sorgfaltspflicht in der Lieferkette“.

Wertschöpfungsketten verantwortungsvoll gestalten

Gerade das Thema Wirtschaft und Menschenrechte nimmt in der Diskussion mit Unternehmen seit dem Beschluss des Bundesrats vom 25. Juni 2021 zum Sorgfaltspflichtengesetz Fahrt auf. Das Gesetz tritt im Jahr 2023 in Kraft und verpflichtet Unternehmen – direkt oder indirekt – ihre negativen Auswirkungen auf Mensch und Umwelt zu kennen, zu bewerten und in ihre Geschäftsentscheidungen, Kundenbeziehungen und Einkaufsprozesse einzubeziehen. Damit sollen Menschenrechtsverletzungen und zugehörige Umweltrisiken entlang der Lieferkette künftig minimiert werden. Entsprechend steigen die Erwartungen des Gesetzgebers, der Gesellschaft und Kundschaft allgemein an die Nachhaltigkeit von Unternehmen. Dass es aus Unternehmenssicht lohnend sein kann, sich frühzeitig mit dem Thema Nachhaltigkeit und Resilienz in globalen Wertschöpfungsketten auseinanderzusetzen, hat auch die Corona-Pandemie gezeigt. Die Einschränkungen des Personen- und Warenverkehrs – auch Betriebsschließungen – haben bei vielen international tätigen Unternehmen zu Produktionsengpässen bis hin zum Stillstand geführt. Um vor allem kleine und mittlere Unternehmen (KMU) hier

zielgerichtet und passgenau bei ihren Fragen und ihren ersten Schritten zu begleiten, bietet die IHK Potsdam deshalb einen neuen IHK-Zertifikatslehrgang zu diesem Thema an. Mit Hilfe des Sorgfaltspflichten-Ansatzes (Due Diligence) zeigt der Lehrgang auf, wie ein ganzheitliches Nachhaltigkeitsmanagement in diesem Sinne aussehen kann und welche konkreten Instrumente und Werkzeuge es insbesondere für KMU gibt, z. B. zur Durchführung von Risikoanalysen oder Gestaltung von Abhilfe- und Präventionsmaßnahmen. Politisiert wird der Lehrgang im Herbst 2021 gemeinsam mit der IHK Düsseldorf und dem Business Scout for Development Programm.

Darüber hinaus bieten zwei weitere Kooperationsprojekte konkrete Anknüpfungspunkte für die regionale Wirtschaft mit der Entwicklungszusammenarbeit. Das Projekt „Zero-Waste-Island Zanzibar“ bringt verschiedene Stakeholder zusammen, um einen Beitrag in Richtung nachhaltige Abfallbewirtschaftung auf der Insel zu leisten. Sansibar gilt gemeinhin als Urlaubsparadies, leidet gleichzeitig aber massiv unter Müllproblemen – gerade im Tourismus. Mit ca. 1,5 Millionen Einwohnern fallen fast täglich 230 Tonnen Abfall an. Nur etwa die Hälfte davon wird gesammelt und in noch kleinerem Maßstab recycelt. Zusätzlich werden Abfälle meist auf frei zugänglichen Flächen deponiert, was erhebliche Gesundheitsrisiken für die Gemeinschaft und die Umwelt darstellt.

Auf das Problem aufmerksam gemacht hat ein Sozialunternehmen vor Ort, das nach dem Prinzip des „Upcycling“ nun Souvenirs aus Altglas für Touristen herstellt. Im Projekt wird es nun um das Thema Plastik gehen und die Frage, wie hier Müll weiter vermieden bzw. wieder einem Wertschöpfungskreislauf zugeführt werden kann, indem neue Arbeitsplätze und Einkommensströme vor Ort entstehen. Neben der Community und den Institutionen vor Ort sind auch deutsche Partner, Unternehmen aus der Hauptstadtregion sowie Akteure der Städte- und Klimapartnerschaft mit Potsdam und der Berufsbildungspartnerschaft des Ausbildungsverbunds Teltow daran beteiligt,

Ideen für geeignete Kommunikationsinstrumente und Trainingsmaßnahmen zu entwickeln und umzusetzen. Unternehmerinnen und Gründerinnen aus Brandenburg und den drei afrikanischen Ländern Namibia, Südafrika und Ruanda stehen dagegen im Fokus von „Female Shift – Women Entrepreneurship und Mentoring“. Um Frauen und das Thema Gender in puncto Unternehmertum und Entwicklungszusammenarbeit stärker sichtbar zu machen und strukturelle Benachteiligung in Bezug auf Unterstützungs- und Finanzierungsleistungen abzumildern, sollen in Kürze verschiedene digitale Weiterbildungsformate geschaffen und ein gegenseitiges Mentoring-Programm zwischen afrikanischen und Unternehmerinnen aus Berlin und Brandenburg politisiert werden. Startschuss für das Projekt ist der Women's Entrepreneurship Day am 19. November 2021, der auch in die Gründungswoche Deutschland 2021 mit dem Motto „Gründen heißt Vielfalt“ fällt.

Das sind nur einige Beispiele, wie eine Zusammenarbeit von Privatwirtschaft Entwicklungszusammenarbeit und Wirtschaftsakteuren in den Partnerländern auf Augenhöhe funktionieren kann, von der alle Seiten profitieren. Lassen sie uns #gemeinsam den nächsten Schritt in Richtung nachhaltige Entwicklung gehen.

Business Scouts for Development

Die Business Scouts beraten in Deutschland direkt bei Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft (z.B. DIHK, BDI, ZDH, BGA), Industrie- und Handelskammern (IHKs), Handwerkskammern, Branchenverbänden, Ländervereinen und – in Kooperation mit Engagement Global – bei Stiftungsorganisationen. In den Partnerländern sind sie entweder in die Büros der deutschen EZ integriert oder bei den Auslandshandelskammern (AHKs) und Delegationen der Deutschen Wirtschaft tätig. Die Expert:innen schlagen so die Brücke zwischen Privatwirtschaft und EZ. Der Zugang zu neuen Märkten wird für Unternehmen verbessert und die nachhaltige Entwicklung in Partnerländern vorangetrieben.

Zukunftsimpulse aus der Region.

Nachhaltigkeit im südwestlichen Brandenburg gemeinsam voranbringen

Ein Bericht von der Konferenz am 19.6.2021



Simone Holzwarth
Stadt-Land.move e. V. in Werder (Havel).

1. Einleitung

Die Situation hat sich in kurzer Zeit sichtbar weiter verschärft. Waldbrände, übermäßige Trockenheit und daraus ein sich beschleunigender Wassermangel als Folgen des Klimawandels sind bei uns angekommen. Die Spaltung in Teilen der Gesellschaft schreitet voran und nicht zuletzt stellt uns die Corona-Pandemie vor neue Herausforderungen. Viele Menschen im südwestlichen Brandenburg machen sich Gedanken über die gemeinsame Zukunft in unserer Region. Das hat auch die Veranstaltung „Zukunftsimpulse aus der Region“ gezeigt. Mehr als 40 Teilnehmer:innen aus Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft trafen sich zum Gedankenaustausch zu folgenden Fragen:

- Wie können wir in der Region zu einem zukunftsfähigen Wandel der Gesellschaft beitragen? (regionaler Aspekt)
- Wie können wir Zusammenleben nachhaltig so gestalten, dass unsere heutigen Lebensräume auch künftigen Generationen ein gutes Leben ermöglichen? (chronologischer Aspekt)
- Wie können wir eine für alle uneingeschränkt offene solidarische Gesellschaft gestalten? (globaler Aspekt)
- Wie können wir durch unser regionales Handeln dazu beitragen, ein nachhaltig gutes Leben für alle Menschen zu ermöglichen? (geographischer Aspekt)

Die Veranstaltung hat gezeigt, dass Menschen vor allem nach für sie praktikablen Antworten auf diese Fragen suchen, damit sie ihren Beitrag zu mehr Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit leisten können.

2. Wie sieht das südwestliche Brandenburg in 15 Jahren aus?

Mit der Frage: Wie stellen wir uns unser Leben im südwestlichen Brandenburg in 15 Jahren vor? schickten die Veranstalter:innen die Teilnehmer:innen auf eine Visionsreise, die viele unterschiedliche Bilder und Ideen hervorbrachte.

- Nachhaltige Lebensumstände sind möglich. Verträglich für Mensch, Tier und Natur, verbrauchen wir weniger Ressourcen, als uns zur Verfügung stehen. Unsere Lebensweise verursacht dabei auch keine Schäden an anderen Orten der Erde. Ein gutes Leben für alle überall ist möglich.
- Unser Leben ist am Gemeinwohl orientiert, unsere Gesellschaft offen und divers. Vielfalt wird als selbstverständlich angesehen.
- Konsequentes Umsteuern hat dazu beigetragen, dass die zerstörerischen Folgen des Klimawandels eingedämmt sind. Extremwetter-Ereignisse bleiben die Ausnahme.

- Nachhaltigkeit ist ein positiver Begriff in der Gesellschaft und erfährt große Wertschätzung von allen. Die Menschen tragen in allen Bereichen zu einem guten Leben für alle bei.
- Die uns nachfolgenden Generationen leben gern in den Dörfern und Städten von den Havelseen bis zum Hohen Fläming.
- Wir leben in einer Welt ohne Kriege (alle Punkte: idealistischer Aspekt).

3. Wie wird diese ideale Zukunftsvorstellung hier in der Region Realität?

Ausgehend von dieser positiven Zukunftsvision für das Zusammenleben im südwestlichen Brandenburg in 15 Jahren, haben wir im nächsten Schritt Ideen für Maßnahmen gesammelt, die dafür schon jetzt umgesetzt werden müssen.

Dabei ist die schwierige Situation, in der wir uns durch globale Problemlagen befinden, zentral. Sie muss sofort und rigoros als diese anerkannt werden. Die notwendigen Veränderungen der Vorgehensweise auf den verschiedenen Ebenen (Wirtschaft, Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft) müssen neu ausgerichtet werden. Entschlossenes, kooperatives und schnelles Handeln im Sinne von Klimaschutz, Nachhaltigkeit und gesellschaftlichem Zusammenhalt ist auf allen Ebenen gefragt.

3.1 Kooperatives Handeln und Partizipation

Um die globalen Nachhaltigkeitsziele in der Region zu erreichen, brauchen wir einen konstruktiven Dialog über Ziele, Maßnahmen und Prozesse. Ein gutes und kooperatives Miteinander von Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft ist dafür die Basis. Alle

müssen an einem Strang ziehen, um schnelle Veränderungen im Sinne von Klimaschutz, Ressourcenschutz und solidarischem Miteinander zu gestalten. Dafür werden stabile Netzwerke und langfristige Strukturen in der Region benötigt, die diese Transformation flankieren. Besonders die Entscheidungsträger:innen aus der Region sind jetzt gefragt. Ein erster Schritt wäre die Erarbeitung von ambitionierten Nachhaltigkeitsstrategien in den Landkreisen, gekoppelt an Strukturen, die diese Schritt für Schritt umsetzen. Alle politischen Entscheidungen müssen auf deren Klima-Auswirkungen überprüft werden und ggf. auch entsprechend angepasst werden. Auch die Förderung guter Beispiele in der Region und von zivilgesellschaftlichem Engagement im Sinne von Zukunftsfähigkeit, Klimaschutz und gutem Miteinander wären ein guter Startpunkt.

3.2 Regionalität

Kurze Wege sind wichtig, um Ressourcen zu sparen. Daher gilt es, das Prinzip der Regionalität auf allen Ebenen umzusetzen. Das gilt auch für solide Strukturen der öffentlichen Daseinsvorsorge im ländlichen Raum, die ein gutes Leben und Arbeiten in lebendigen Dörfern hier in der Region ermöglichen. Wir brauchen regionale Produktkreisläufe, Dorfläden als Orte der Begegnung und eine Kultur der Regionalität. Dies bietet auch Vorteile für einen regionalen und naturnahen Tourismus.

3.3 Gesundheit

Nicht zuletzt hat die Corona-Pandemie gezeigt: Wir brauchen hochwertige Gesundheitsversorgung auch hier in der Region und ihren ländlichen Räumen. Es ist wichtig, auch unsere Umwelt als einen zentralen Faktor der Gesundheit zu sehen und entsprechend für den Schutz dieser natürlichen Gesundheits-Ressourcen zu sorgen. Die Folgen des Klimawandels mit zunehmenden Extremwetter-Ereignissen haben auch

starke Folgen für unsere Gesundheit. Somit ist beispielsweise Waldschutz auch Gesundheitsschutz. Im südwestlichen Brandenburg gibt es dabei viele Möglichkeiten für Klima schonenden Tourismus und Erholung. Diese guten Ansätze müssen ausgebaut werden, um Urlaub und Erholung ganz ohne Auto zu ermöglichen und attraktiv zu machen. Um mit den gesundheitlichen Gefahren von zunehmender Hitze umzugehen, brauchen Städte und Kommunen Strategien wie diese Gefahren abgemildert werden können (z.B. mehr Schatten schaffen und Trinkwasserzapfstellen auf öffentlichen Plätzen zur Verfügung stellen etc.).

3.4 Sozialer Zusammenhalt

Für einen gesellschaftlichen Zusammenhalt und ein solidarisches Miteinander und Teilhabe brauchen wir eine besondere Unterstützung für die Schwächsten unserer Gesellschaft. Beispielsweise Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte und Migrant:innen-Selbstorganisationen sollen endlich anerkannt und gehört werden und ihre Kompetenzen in politische Entscheidungen mit einbezogen werden. Die Unterbringung neu Angekommener in der Region muss an Orten erfolgen, die Zugänge und Teilhabe ermöglichen. Sammelunterkünfte, insbesondere solche an isolierten Orten müssen geschlossen werden. Auch müssen die Themen Teilhabe, Migration und Flucht sowie Inklusion grundsätzlich beim Thema Nachhaltigkeit mitgedacht werden. Eine Gesellschaft, die Rassismus und Diskriminierung zulässt, ist nicht nachhaltig. Debatten rund um Nachhaltigkeit sollten aus diversen Gruppen heraus geführt werden und nicht ausschließlich von der weißen Mehrheitsgesellschaft. Besonders geflüchtete (hier neu angekommene) Mädchen und Frauen brauchen Unterstützung und Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe. Es braucht besondere Förderung und Aufmerksamkeit für diese besonders gefährdeten Gruppen und ein aktives Aufeinanderzugehen der Lokalbevölkerung und der neu angekommenen Frauen und Mädchen.

Eine wachsende Anzahl an Wohnprojekten in der Region (z.B. Wurzeln und Wirken in Wustermark, Uferwerk in Werder, KoDorf in Wiesenburg) zeigt, dass gemeinwohlorientiertes, ökologisches und gemeinschaftlich organisiertes Bauen und Wohnen funktioniert und so neues Leben auch im ländlichen Raum und leer stehenden Objekten entstehen kann. Diese auf viel ehrenamtlichem Engagement basierenden Projekte sollten als gute zukunftsfähige Beispiele gefördert werden. Bauen und Wohnen müssen gemeinwohlorientiert statt profitorientiert gestaltet werden.

3.5 Bildung

Bildung ist eine wichtige Grundlage dafür, mit den uns bevorstehenden Veränderungsprozessen im Sinne von Klima- und Ressourcenschutz und einem guten gesellschaftlichen Miteinander konstruktiv umzugehen. Ein zentraler Fokus in der Bildung sollte darauf gelegt werden zu vermitteln, dass wir alle gemeinsam auf dieser einen Erde mit ihren begrenzten Ressourcen leben. In Kindergärten und Schulen müssen Kompetenzen für ein zukunftsfähiges Leben in einer global vernetzten Welt vermittelt werden. Für das Lernen anhand von praktisch gelebten Alternativen und guten Beispielen in der Region ist es wichtig, außerschulische Lern- und Erfahrungsorte aufzubauen (bspw. Waldschule, regionale Lebensmittelerzeugung, Tierschutz, Orte der Nachhaltigkeit).

Wir alle können durch Verhaltensänderungen beispielsweise im Bereich Ernährung und Mobilität einen Beitrag zur Nachhaltigkeit leisten. Wichtig ist dabei, dass Politik und Verwaltung mit guten Beispielen vorangehen. Eine Möglichkeit wäre dabei, den Bereich Ernährungsbildung im Sinne von Gesundheit und Nachhaltigkeit an Schulen und Kindergärten auszubauen und regionales, saisonales und ökologisch erzeugtes Essen in der Gemeinschaftsverpflegung anzubieten.

3.6 Wirtschaft und Arbeit

Die Prinzipien der Regionalität, der Kooperation und der Gemeinwohlorientierung sind zentral für eine zukunftsfähige Wirtschaft. Für die Strukturen von Industrie und Unternehmen sowie Innovationsförderung in der Region ist es daher wichtig, diese Prinzipien umzusetzen und mit wichtigen Umstrukturierungsmaßnahmen zu beginnen. Die Wirtschaftsförderung der Kreise muss Pilotprojekte zukunftsfähigen Wirtschaftens und entsprechende Sozialunternehmen gezielt fördern. Die öffentliche Hand muss eine Vorreiterrolle einnehmen und regionale und sozial-ökologisch-faire Beschaffung muss ab sofort überall getätigt werden, wo öffentliche Gelder fließen. Es müssen im Sinne der Ressourcenschonung insgesamt weniger konsumiert und wenn dann langlebige und reparierbare Dinge gekauft werden. Menschen in der Region sollen befähigt werden und Zugang haben zu nachbarschaftlichen offenen Werkstätten, in denen unter Anleitung Kaputt selbsterrepariert werden kann.

3.7 Mobilität

Für eine möglichst klimaneutrale und Ressourcen schonende Mobilität ist ein konsequentes Umsteuern auf allen Ebenen notwendig. Dafür braucht es ein umfassendes Mobilitätskonzept für die Region. Das Ziel ist dabei, die Emissionen aus dem Verkehr stark zu reduzieren und insbesondere den ÖPNV und den SPNV (Schienen-Personen-Nahverkehr) massiv auszubauen. Die zukunftsfähigen Mobilitätsoptionen in der Region müssen praktisch, klimaneutral und zugänglich für alle sein. Dafür müssen Mobilitätsknoten aufgebaut werden, die in Kombination von Bahn / Bus / Leihrädern und Car-sharing die Anzahl der privaten PKW drastisch senken. Infrastrukturmaßnahmen müssen weg vom Straßenbau und hin zum Ausbau / Reaktivierung des öffentlichen SPNV. Mit entsprechenden Angeboten müssen die Menschen in der

Region befähigt und unterstützt werden, auf das eigene Auto zu verzichten und ihr Mobilitätsverhalten Klima schonend zu gestalten. Fernreisen müssen drastisch reduziert werden. Hier muss das Potenzial der Region für attraktiven und Klima schonenden Tourismus ausgebaut werden um Alternativen „vor der Haustüre“ zu ermöglichen. Der Trend hin zum Radfahren muss entschlossen aufgenommen werden und ein attraktives Radwegenetz in der Region inklusive Pausenorten und Reparaturstationen weiter ausgebaut werden.

3.8 Energie

Der Ausbau zukunftsfähiger Energiequellen muss schnell vorangetrieben werden. Ein Umbau auf 100 % erneuerbare Energien weltweit ist möglich und wir müssen hier in der Region entschieden vorangehen, um dieses Ziel wenn möglich schon schneller umzusetzen. Die Energieversorgung der Zukunft muss resilient (belastbar), so Klima schonend wie möglich und erneuerbar sein. Wichtig sind gleichzeitig Sparmaßnahmen in allen Bereichen, um insgesamt so wenig Energie wie möglich zu verbrauchen. Der Ausbau von effizienter Nutzung von Solar- und Windenergie sollte entschieden vorangetrieben werden. Regionalität und Partizipation sind auch im Bereich Energie wichtige Prinzipien der Zukunftsfähigkeit. Viele gute Beispiele zeigen, wie die Energiewende gemeinsam mit Kommunen und Bürger:innen gelingen kann. Der Ort Feldheim bei Treuenbrietzen mit dem Neue Energien Forum ist für die Energiewende ein wichtiger Modell- und Lernort in unserer Region (<https://nef-feldheim.info>).

3.9 Müll

Wo immer es geht, muss Müll vermieden werden. Das gilt besonders für Plastikabfälle und alles was schlecht wiederverwertet werden kann. Der Müll, der hier verursacht wird, muss auch hier in der Region recycelt werden. Müll

soll nicht einfach verbrannt werden, ohne die wieder verwertbaren Materialien zu recyceln. Wir brauchen dringend gemeinsame Prozesse mit Akteuren, die sehr viel schlecht verwertbaren Müll in der Region verursachen, um Lösungen zu finden, wie das Problem behoben werden kann. Gefragt sind auch Lösungen für den massiven Plastikverbrauch im regionalen Spargelanbau.

3.10 Wasser

Wir brauchen dringend und schnell Konzepte für konsequenten Gewässer- und Trinkwasserschutz in der Region. Am Beispiel des Seddiner Sees sind die Folgen von zu spätem Handeln zum Schutz der regionalen Gewässer jetzt schon sichtbar: Der Pegel ist drastisch gesunken. Der Plessower See verliert auch rapide Wasser. Es müssen dringend Anreize geschaffen werden, (oder auch Verbote) um den Trinkwasserverbrauch in Privathaushalten zu senken und eine Wasser schonende Lebensweise in der Region zu fördern. Zierpflanzenbewässerung mit Trinkwasser muss dringend verboten werden. Informationen und Strukturen für die Brauchwassernutzung müssen ausgebaut werden. An geeigneten Stellen muss eine Wiedervernässung von Ackerflächen stattfinden, um Moorflächen zu schaffen.

3.11 Natur und Waldschutz

Konsequenter Natur- und Waldschutz in der Region braucht eine hohe Priorität. Wir müssen Natur nicht einfach als eine Ressource sehen, sondern als einen unwiederbringlichen Wert an sich. Waldbewirtschaftende müssen sich um eine zukunftsfähige Bewirtschaftung ihrer Flächen kümmern und entschieden den Waldumbau hin zu gesunden und widerstandsfähigen Mischwäldern vorantreiben. Zum Schutz vor Waldbränden in der Region müssen flächenübergreifend Wald-Brand-schutz-Streifen organisiert werden.

Um die Biodiversität in der Region zu erhöhen muss von den entsprechenden Akteur:innen

ein regionales Artenschutzkonzept erstellt werden und Strukturen für dessen Umsetzung aufgebaut werden. Dazu gehören auch der Erhalt und Ausbau von Korridoren, die Naturräume verbinden.

3.12 Landwirtschaft und Ernährung

Für eine zukunftsfähige Ernährung und Landwirtschaft in der Region brauchen wir dringend die Förderung bio-regional-saisonal-fleischarmer Ernährung. Die öffentliche Hand muss dabei entschieden mit vorbildhaftem Verhalten vorangehen und einen Umbau der aus Steuergeldern finanzierten Gemeinschaftsverpflegung im ersten Schritt vorantreiben. Alle am Ernährungs- und Landwirtschaftssystem Beteiligten müssen sich um eine regionale, natur- und sozialverträgliche Erzeugung, Verarbeitung und Logistik kümmern. Dabei spielt auch die Aufwertung der Berufe in Landwirtschaft und Lebensmittelhandwerk eine wichtige Rolle. Innovative, regionale funktionierende und umweltfreundliche Wertschöpfungskreisläufe und Infrastrukturen müssen gefördert werden. Die Ernährungsbildung in der Region muss ausgebaut werden und wo immer möglich Wissen zur Praxis der Lebensmittelerzeugung und – Verarbeitung vermittelt werden.

Wichtig ist dabei auch das Thema Lebensmittelverschwendung und die Erarbeitung regionaler Lösungen für dieses massive Problem. Die Vielfalt im Ernährungssystem muss gestärkt werden. Das reicht von den Versorgungsstrukturen und der Vielfalt in Anbaumethoden, Sortenauswahl und Kulturlandschaften bis hin zur Vielfalt in der kommunalen Flächennutzung.

In Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure müssen Orte in der Region geschaffen werden, die als Keimzellen der Ernährungswende dienen können. Diese „LebensMittelPunkte“ wurden schon in anderen Regionen in Deutschland erfolgreich ins Leben gerufen.



Nachhaltigkeit als Kommunale Pflichtaufgabe?

Eine Rückschau auf die Baruther Schlossgespräche

Heike Möller

Diese Rückschau auf die Baruther Schlossgespräche legt ihren Schwerpunkt auf den Vormittag der Veranstaltung des 8. Septembers 2021. Das Thema ‚Nachhaltige Beschaffung‘ sowie die Gesprächsrunde zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Beziehungen der Partnerstädte Brandenburgs mit denen des Globalen Südens finden sich in einzelnen Beiträgen der Vortragenden in diesem Heft.

Wenn Sonne auf blauen Himmel trifft und der Spätsommer nochmal richtig ausholt, befinden wir uns im sechsten Jahr der Baruther Schlossgespräche. Dort, wo sich im Land Brandenburg Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft zum zwanglosen Austausch trifft zu einer in Zeiten der Pandemie seltener gewordenen Präsenzveranstaltung. Über Baruth/Mark steht ein guter Stern, anders kann es nicht sein.



Peter Ilk, langjähriger Bürgermeister der knapp 5.000 Einwohner zählenden Kommune adressiert seine Begrüßung an die 33 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Entsprechend guter Laune berichtet er über die Fortschritte der zahlreichen Nachhaltigkeitsinitiativen in der Brandenburger Kommune.



Nachhaltigkeit geht nur mit der Industrie

Beim Thema Mobilität wird das Rufsystem, das die Tal- und Bergdörfer mit der Kreisstadt Luckenwalde verbindet, verstärkt angenommen.

Seit gut 1½ Jahren widmet sich die Kommune dem Thema Wasserstoff. Der Bund fördert dessen Erzeugung, Speicherung sowie Nutzung und damit den Aufbau einer Wasserstoffregion. Baruth/Mark passt mit seinem Nutzungskonzept industrieller Abwärme ohnehin gut in die Wasserstoffproduktion und ist als Wasserstoffkommune auch hier Vorreiter im gesamten Landkreis.

Gleichzeitig kommt es zur Umstellung des Nahverkehrs auf Brennstoffzellen-Antrieb. Auch die Wärmeversorgung von Neubauten ist davon betroffen. Wichtig sei es, bei der Nachhaltigkeitsstrategie für die Stadt, die Industrie mit an Bord zu holen.

Die Initiativen aus den Nachbarkommunen sind zu nennen. Ein Bericht dazu aus der ehrenamtlichen Arbeit von Jovita Galster-Döring aus dem Nuthe-Urstromtal erfolgt im weiteren Verlauf der Veranstaltung.

Das Thema Vernetzung steht ganz oben auf der Agenda. Darum kümmert sich hauptamtlich der mit Landesmitteln geförderte Landesnachhaltigkeitsbeauftragte der Stadt, Karsten Wittke, der gleichzeitig Mitglied der Nachhaltigkeitsplattform ist, die wiederum verbunden

ist mit dem bei der Staatskanzlei angesiedelten Nachhaltigkeitsbeirat.

Sorgen macht noch die Gesundheitsversorgung. Man wartet auf die Zulassung für ein Gesundheitszentrum. Hier blockieren sich Bundes- und Landesrecht gegenseitig. Eine Lösung muss unbedingt her, im Zweifelsfall mittels Sondergenehmigung.

„Aus meinem Ort in die Welt“

Das Grußwort vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) richtet Frau Daphne Groß-Jansen an die Anwesenden und erklärt, dass 2/3 aller Ziele der Agenda 2030 nur lokal in den Kommunen umgesetzt werden können. „Aus meinem Ort in die Welt“ im Rahmen von Städtepartnerschaften und sozialer Kohäsion durch Migration sei der Weg in lokale und globale Nachhaltigkeit.



Nachhaltigkeit umfasse so viel mehr. Das müsse in den Köpfen der Leute sein, um einen Weg zu finden, „in kleinen Schritten, da, wo es sich anbietet, anzupacken“. Viele der Anwesenden haben da eher die drastischen Kürzungen des BMZ's bei den Zuschüssen für die Bundesländer im Kopf. In sich schlüssig, denn recht viel mehr als „kleine Schritte“ sind damit nicht zu machen, mal ganz abgesehen von der Richtung.

„Trotz Pandemie können wir es schaffen, müssen uns aber anstrengen.“ Mit einem Paar Sieben-Meilen-Stiefeln könnte man die „kleinen, anstrengenden Schritte effizienter machen“,

doch das steht hoffentlich im Handbuch der neuen Ministerin Svenja Schulze.

Das Vergabegesetz mit Leben füllen

Das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK) ist vertreten durch seine Staatssekretärin, Frau Silvia Bender.



Aufgrund des kontinuierlichen Wirkens des Bürgermeisters sei Baruth/Mark zu einem wichtigen Ort und die Schlossgespräche zu einem wichtigen Treffen geworden, um Fragen der Nachhaltigkeit zu diskutieren. Man sei auf positive Beispiele von anderen Bundesländern angewiesen, wo sich Kommunen auf den Weg gemacht haben, um im Land mehr Nachhaltigkeit zu erreichen. Mit dem Übergang der Federführung des Themas Nachhaltigkeit an die Staatskanzlei wurden neue Strukturen und Aufgaben geschaffen wie beispielsweise die Novelle des Vergabegesetzes mit der Verpflichtung zur ökologischen Beschaffung des öffentlichen Dienstes. Diese müsse mit Leben gefüllt werden. Eine Sachständermittlung darüber, wer, was und wie beschafft, müsse erfolgen. Das betreffe auch auf die Kommunen, zumal deren Beschaffungsvolumen noch viel größer sei.

Ziel der Landesregierung sei es, bis 2040 klimaneutral zu werden. Mitte nächsten Jahres steht der Beschluss für den Klimaplan, der auch den Bereich Beschaffung betrifft. Das gelte auch für andere Aktivitäten, beispielsweise seitens der Europäischen Union im Rahmen des Green Deal Pakets und der Überarbeitung der Energieeffizienz-Richtlinie.

Die Staatskanzlei arbeitet an der Nachhaltigkeitsstrategie. Das zeigt sich an der neuen Regionalentwicklungsstrategie. Bei der Durchsetzung von Nachhaltigkeit beim Strukturwandel in der Lausitz wird bei Vergabe von Fördergeldern mehr Augenmerk auf Nachhaltigkeit gerichtet dahingehend, dass es einen sogenannten Nachhaltigkeitscheck geben wird.

Der Nachhaltigkeitsbeirat stellt sich vor

In Vertretung des am 9. Februar dieses Jahres gewählten Vorsitzenden, Ortwin Renn, wissenschaftlicher Direktor am Institut für Transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS) in Potsdam, erklärt Gesine Grande, die Präsidentin der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg (BTU) und stellvertretende Vorsitzende, die Bedeutung des kleinen, aber feinen Nachhaltigkeitsbeirats bei der Vernetzung aller Bereiche und Akteure.



Mit der engen Verschränkung beispielsweise im Schwerpunkt-Cluster Gesundheit und Gesundheitssysteme brauche es innovative Lösungen, wie es auch der Pionier der systematischen, wissenschaftlichen Politikberatung, das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK), vertreten durch seinen Direktor Ottmar Edenhöfer unter Beweis stellt. Es sei ein Expertenbeirat, bei dem politischer Proporz keine Rolle

spiele. Dort ist die angewandte Wissenschaft durch Uta Steinhardt von der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung in Eberswalde (HNE) vertreten. Durch Rüdiger Kuhn von der CEMEX Deutschland AG ist die Bauindustrie, für die die Nachhaltigkeit gleichzeitig großes Thema und Herausforderung ist, mit an Bord sowie Silke Hansen vom Landesjugendring, die die Perspektiven junger Menschen in den Beirat einbringt.

Der Nachhaltigkeitsbeirat leistet seinen Beitrag bei der Beratung der Landesregierung, wenn es darum geht Diskussionsprozesse zu Nachhaltigkeitsthemen zu gestalten, insbesondere für die Krisenkommunikation und bei der Begleitung von mittel- und langfristigen Strategien. Die zwei Themensetzungen für 2021/22 betreffen folgendes:

1. Wie bekommt man nach der Corona-Krise den Prozess im Hinblick auf Digitalisierung, Lernen und Arbeiten wieder in Schwung?
2. Kernaufgabe Lausitz – Strukturwandel: Zur Umsetzung der Strategiewende in Brandenburg wird mit vielen Wirtschaftsunternehmen ein Punktepapier erarbeitet und so lange diskutiert, bis ein praktikables Policy-Paper hervorgeht.

Ziel ist die Vernetzung und das Zusammenbringen von Akteuren in unterschiedlichsten Formaten, beispielsweise mit der Nachhaltigkeitsplattform. Um sich Gehör zu verschaffen wolle man keine überfrachteten Gutachten schreiben, sondern nahe an der Umsetzung bleiben.

Im Nachhinein erstaunt die naive Vorstellung noch im Spätsommer 2021, wir befänden uns in der Post-Corona-Krise. Am meisten verblüfft hat die Teilnehmenden jedoch, dass das Thema Kommunen in Person einer Vertreterin oder eines Vertreters nicht vorkam. Noch nicht einmal durch einen Vertreter des Gemeinde- und Städtebundes, wie Frau Biesterfeld sinnigerweise vorschlug, um den Beirat nicht über die Maßen aufzublähen.

Wo bleiben die Kommunen?

Gerade weil ein kommunaler Vertreter im Landesnachhaltigkeitsbeirat fehlt, versteht sich die Nachhaltigkeitsplattform als gute Ergänzung zum Beirat. Diese sieht sich als lernende Organisationen mit verschiedenen Arbeitsgruppen, u.a. der der nachhaltigen Kommune, repräsentiert von Karsten Wittke aus Baruth/Mark und Marion Piek von Brandenburg 21 e.V. Leider sind auch in der Nachhaltigkeitsplattform nur wenige Kommunen vertreten, weil sie kaum freie Kapazitäten haben, sich dieser Arbeit neben der der Entwicklungspolitik noch zu widmen.



„Der Städte- und Gemeindebund“ hat sich zwar 2013 in seinen ‚Eberswalder Thesen‘ (nachzulesen im FEB-Heft 8 – venrob.de) zur Nachhaltigkeit geäußert; ist aber nicht wirklich willig, mitzuarbeiten. „Die Kommunen sehen gewaltige Aufgaben auf sich zukommen und wir von der Plattform merken, dass Kommunen und Landkreise gar nicht dazu in der Lage sind, sich darauf einzustellen“ so Marion Piek. In einer ebenfalls vor drei Jahren in Baruth/Mark vorgestellten Studie wurde der Bedarf der Kommunen dazu untersucht. Jetzt endlich tut sich etwas, beispielsweise bei der Mitarbeiterschulung von Verwaltungen oder der Vernetzung mit anderen Kommunen. Hier gibt es allerdings noch viel Handlungsbedarf. Insgesamt ist mehr Mut erwünscht, um aktive Rahmenbedingungen für die Kommunen zu schaffen.

„Nachhaltigkeit zur kommunalen Pflichtaufgabe machen“ fordern deshalb Peter Ilk und Karsten Wittke schon seit längerem. Es verhalte sich hier ähnlich wie mit der Kultur-

arbeit: „Entweder man macht sie oder nicht!“ Es braucht eine aktive Unterstützung der Kommunen, da sehr viel Unwissenheit unterwegs ist. Das Thema sei viel zu wichtig, um nichts zu machen.

Aus den Anforderungen der Nachhaltigkeit ergäben sich zwangsläufig juristische Fragen, wie man an der Anklage des Landrats von Ahrweiler – der durch die Hochwasserkatastrophe extrem betroffenen Kommune in Nordrhein-Westfalen in diesem Sommer – sieht. Es wurde der Vorschlag eines Kommunalministeriums laut. Brandenburg hat 413 Städte und Gemeinden und erst fünf Kommunen arbeiten in modellhaften Projekten mit der ‚Service-stelle Kommunen in der Einen Welt‘ (SKEW) zusammen. Wie will das Land Brandenburg mit diesen Zahlen bis 2030 in die Breite gekommen sein? Gibt es in anderen Bundesländern Pflichtaufgaben und welche Erfahrungen hat man damit? Auch wenn man noch nicht auf Erfahrungen zurückgreifen kann, könne man nicht alles auf die Kosten reduzieren. Für eine Verfassungsänderung müsse man ggfs. Stimmung bei den Landratswahlen machen.

Enge Verflechtungen erwünscht

Karsten Wittke spricht vom Wirkungsmechanismus. Um mangels Initiativen des Bundes, der Zivilgesellschaft und damit den Kommunen entgegenzukommen, müsse es enge Verflechtungen der Kommunen mit der Plattform und dem Beirat geben. Die Transformation in Richtung Nachhaltigkeit erfordert eben auch, die Zusammenhänge für die Kommunen zu klären und Kompetenzen herauszubilden, die sich aus der herkömmlichen Ausbildung der kommunalen Beschäftigten bisher nicht herleiten. Allein die Bearbeitung von Anträgen müsse gelernt werden. „Verglichen mit der ordnungspolitischen Regulierung – also den diversen Strategien auf Landes- und Bundesebene – beim gesetzgeberischen Handeln anlässlich der Covid-19-Epidemie ist so ähnlich striktes Vorgehen in Punkto Nachhaltigkeit

nicht zu erkennen“ merkt Uwe Prüfer an. Hier gäbe es noch andere erwähnenswerte Parallelen, aber das würde den Rahmen dieser Rückschau sprengen.

Globale Nachhaltige Kommune Brandenburg

Reinhard Hanneschläger, Dozent an der Technischen Hochschule Wildau (TH Wildau), unterstützt als externer Berater im Rahmen des SKEW-Projektes „Global Nachhaltige Kommune Brandenburg“ seit April bis Ende 2021 fünf Kommunen im Land. Konkret geht es darum, wie sich die Ziele der Agenda 2030 langfristig und strategisch in kommunales Handeln integrieren lassen. „Ökonomie, Ökologie und Soziales, diese drei Dimensionen sind die Anknüpfungspunkte für die Handlungsfelder in den kommunalen Verwaltungen. Sie sollen sektorenübergreifendes Denken und Handeln fördern unter Einbeziehung lokaler Akteurinnen und Akteure“, steht es im Förderprogramm der SKEW. Die kommunalen Verwaltungen arbeiten gemeinsam mit weiteren lokalen Akteuren an der Identifizierung und detaillierten Beschreibung von Handlungs-ideen, wobei Maßnahmen auf Strukturebene genauso einbezogen werden wie konkrete Projekte und Initiativen.



Alle Kommunen in Brandenburg konnten sich auf die Ausschreibung bewerben. Eine davon war die Gemeinde Nuthe-Urstromtal. Hierbei handelt es sich um einen Zusammenschluss der Ortschaften, die im Norden einen Ring um die Kreisstadt Luckenwalde bilden. Im Unterschied zu Baruth/Mark, der anderen Flächen-

kommune im Projekt, existieren in Nuthe-Urstromtal weder ein klassisches geografisches Zentrum noch eine gemeinsame Geschichte, welche die Ortsteile miteinander verbindet. Bei den weiteren teilnehmenden Kommunen handelt es sich um Cottbus und die Landkreise Teltow-Fläming und Elbe-Elster. Aufgrund des Lockdowns fanden die ersten Treffen digital statt. Erst ab Juni trafen sich die lokalen Projektteams persönlich und die erste Zusammenkunft mit allen Kommunen gemeinsam fand erst im September statt.

Nach einer Bestandsaufnahme der vorhandenen Konzepte, Projekte und Aktivitäten sollen die gewonnenen Erkenntnisse in Kombination mit neu entwickelten Ideen in die Handlungsprogramme für die Kommunen Eingang finden. Flankiert wird das Projekt durch Fachveranstaltungen und einer Kooperation mit dem Stakeholder-Beirat. Weil der Arbeitsaufwand bei Projekten dieser Art sehr hoch ist, müssen die Ressourcen geklärt werden, wenn aus den Handlungsprogrammen auch konkrete Maßnahmen werden sollen. Ländliche Kommunen müssen sich dabei häufig auf ehrenamtliches Engagement stützen. Auch die Abstimmungen zwischen Kreis und Kommunen sind unerlässlich, schon allein wegen der unterschiedlichen Zuständigkeiten. Hinzu kommt, dass die Logik des ländlichen Raums oftmals eine andere ist als die des urbanen Umfeldes. Die Anregungen kommen jedoch häufig aus dem urbanen Raum.

Davon kann Jovita Galster-Döring ein Lied singen als Vertreterin von 23 selbstständigen Dörfern im Nuthe-Urstromtal. Wie kam es dazu? Nachhaltigkeit war lange Zeit kein Thema für die Bevölkerung gewesen, berichtet Galster-Döring. Mit Bürgermeister Peter Ilk aus Baruth/Mark wurde allgemein über Nachhaltigkeit gesprochen. Als Vorstand der Gemeindevertretung erklärte sie sich bereit, sich mit der Thematik zu befassen. Es kam zur Gründung eines Nachhaltigkeitsausschusses. Erklärtes Ziel war, die Gemeinden darin zu unterstützen, nachhaltige Kommune zu werden und einen entsprechenden Antrag zu stellen. Sie freuten sich über den Zuschlag. Dann

folgte die Bestandsaufnahme und die Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie. Hier seien sie als Ehrenamtliche an ihre Grenzen gekommen. Trotz zweier Bürgerdialoge sei das Thema nicht wirklich in der Bevölkerung angekommen. Es stellte sich als sehr schwierig heraus, die Bürger zu motivieren. Deshalb wurde der Antrag auf Förderung einer Koordinationsstelle gestellt. „Es muss sich jemand mit der Aufgabe hauptamtlich befassen, sonst kommen wir nicht vorwärts,“ fasst Galster-Döring zusammen und schob hinterher, dass „wir uns darüber hinaus weitere Unterstützung wünschen, damit wir nicht nach Projektende allein gelassen werden“.

Sowohl Cottbus als auch Nuthe-Urstromtal haben Anträge für die Finanzierung einer Person als Koordinator:in für kommunale Entwicklungspolitik gestellt. Dies würde in beiden Fällen die dringend benötigte interne personelle Unterstützung schaffen.

Landleben mit Zukunft! „Smart Cities“ Bad Belzig und Wiesenburg

Felix Hartenstein berichtet über den Stand des Förderprogramms „Smart Cities“, für das Bad Belzig und Wiesenburg in der zweiten von drei Förderstaffeln 2020 den Zuschlag bekommen hatten.



Bad Belzig und Wiesenburg haben mit ihrem Konzept, das sie zum Vorreiter für digitale Innovationen in der ländlichen Daseinsvorsorge machen soll und ihrem darauf ausgerichteten Motto „Landleben mit Zukunft! die Teilnahme am Smart City Programm erreicht. Eine aus Sicht der Kommune Jahrhundertchance, weil die neue Ausrichtung eine Verzahnung mit der Nachhaltigkeitsstrategie und damit erweiterte Fördermöglichkeiten in Aussicht stellt.

Bewerbung von Bad Belzig / Wiesenburg

Die Lebensqualität unserer Bürger und eine nachhaltige Stadtentwicklung sind dabei oberste Ziele. Weil urbane Smart-City-Konzepte kaum auf ländliche Kommunen übertragbar sind, gilt es eigene Lösungen zur Bewältigung aktueller Herausforderungen zu entwickeln. Dazu wollen unsere Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft in innovativen Formaten und durch Experten unterstützt eine umfassende Digitalisierungsstrategie erarbeiten. Erste Maßnahmen für Strategie- und Umsetzungsphase sind bereits identifiziert: ein digitales Rathaus per Gemeinde-App soll mehr Transparenz und Teilhabe ermöglichen, eine integrierte Datenplattform der kommunalen Betriebe smartes, nachhaltiges Wohnen realisieren. Um örtliche Mobilität zu verbessern wollen wir Testfeld und Real-labor für multimodalen, digital vernetzten ländlichen ÖPNV werden. Die Potenziale digitaler Arbeit auf dem Land wollen wir gezielt nutzen: durch Coworking Spaces und einen Smart Village Campus sollen wissensbasierte Arbeitsplätze in der Region entstehen. Digitale Bildungsangebote schaffen die Voraussetzung dafür, dass wir alle Bürger auf unserem Weg mitnehmen. Besonderes Augenmerk gilt Designprinzipien wie Nachhaltigkeit, Skalierbarkeit und Replizierbarkeit – als ländliche Kommunen müssen wir uns gemeinsam für die Zukunft aufstellen.

Die geförderte Laufzeit beträgt 7 Jahre. Die finanzielle Belastung der Kommunen ist relativ gering, weil zusätzlich andere Finanzierungsquellen aktiviert werden können.¹

Gefragt sind Projekte mit Modellhaftigkeit

Entscheidend für die Förderung ist die Modellhaftigkeit des Vorgehens, an den Standort angepasste Strategie-Schwerpunkte, die breite Einbindung der Bevölkerung und eine insgesamt schlüssige Gesamtkonzeption. Weder geht es um die Realisierung einer reinen Digitalstrategie, noch ist das Programm fokussiert auf urbane Ballungsgebiete. Hier sollen Projekte entstehen mit Modellhaftigkeit, Maßnahmen eingebunden und weitergegeben werden, die Leuchtturmcharakter besitzen. Es geht nicht um Produktplatzierung, sondern um Berücksichtigung lokaler Besonderheiten und darauf abgestimmte, spezifische Anwendungsbeispiele, die partizipativ die Bürgerinnen und Bürger einbezieht.

Um nicht blind irgendwelchen Anbietern zu vertrauen, muss das Verwaltungspersonal zu sogenannten Active Digital Officers geschult werden. Smart City – so Felix Hartenstein – braucht ein neues Narrativ, eine neue Geschichte, in die die Bürger stärker als Akteure einbezogen werden. Ein Narrativ zu entwickeln, wie Digitalisierung mit Nachhaltigkeit verbunden werden kann, sei nicht einfach.

Die Diskussion hierüber bewegt sich noch ganz am Anfang, da sie immer noch sehr technologiellastig sei. Man orientiere sich an bereits vorhandenen internen und externen Dokumenten, wie den Nachhaltigkeitszielen, der Agenda 2030 und der brandenburgischen Nachhaltigkeitsstrategie. Hier ist es oft schwierig zu erkennen, an welcher Stelle Digitalisierung einen sinnvollen Beitrag zur Nachhaltigkeit

liefern kann. So landen z.B. nicht nachhaltige Geräte ohne Recycling im Müll.

Felix Hartenstein stellt klar, dass:

1. Smart City ein Stadtentwicklungs- und kein Digitalisierungsprojekt ist;
2. Smart City-Werkzeuge einen sinnvollen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung leisten können;
3. alle Maßnahmen zielorientiert ausgerichtet sein sollten;
4. diese sorgfältig auf Zielkonflikte und Rebound Effekte (Modellprojekte) überprüft werden und
5. Möglichkeiten und Limitierungen ehrlich benannt werden müssen.

Smart City Programm des BMI

Das Bundesministerium des Inneren fördert seit 2019 in drei Staffeln mit einem Gesamtvolumen von 820 Mio Euro bisher 73 Groß- und Mittelstädte, Kleinstädte, Gemeinden, interkommunale Kooperationen und Landkreise. In der bereits 2016 eingerichteten Dialogplattform Smart Cities diskutieren rund 70 nationale Expertinnen und Experten aus Städten, Kreisen und Gemeinden, Vertreter kommunaler Spitzenverbände, verschiedener Bundes- und Länderressorts, der Wissenschaft, Wirtschaft, Sozial- und Fachverbänden sowie der Zivilgesellschaft die Chancen und Risiken der Digitalisierung auf kommunaler Ebene. Die Dialogplattform fordert, „die Digitalisierung nicht einfach geschehen zu lassen, sondern aktiv im Sinne der nachhaltigen und integrierten Stadtentwicklung zu gestalten. ... Mit den Modellprojekten Smart Cities soll die Handlungsfähigkeit der Kommunen gestärkt werden. Gefördert werden kommunale, fachübergreifende und raumbezogene Smart City Strategien und deren Umsetzung sowie der dafür notwendige Kompetenzaufbau.“

¹ <https://www.bmi.bund.de/DE/bauen-wohnen/stadt-wohnen/stadtentwicklung/smart-cities/smart-cities-artikel.html>, abgerufen am 18.12.2021

Das Smart City Projekt muss ein Standortvorteil für die Region werden. Für die Anwerbung von Wirtschaftsunternehmen, deren Kernkompetenz in ihrer nachhaltigen und digitalen Ausrichtung liegt, müssen innovative Ansiedlungskonzepte entwickelt werden.

Es braucht eine tiefer gehende, breite Diskussion darüber, was Digitalisierung bedeutet, um Sprachfähigkeit und damit Gestaltungsfähigkeit zu entwickeln. Digitalisierung kann nachhaltig sein, es muss aber richtig und gut gemacht werden und das ist eine große Herausforderung.

Die sechsten Baruther Schlossgespräche boten auch dieses Mal wieder einen ausgesprochen umfangreichen Überblick über die

Geschehnisse und Aktivitäten in den Bereichen Städte- und Klimapartnerschaften sowie institutionelle, kommunale, wirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Bemühungen um die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele und der der Agenda 2030 im Land Brandenburg.

Mittlerweile steht die viel besprochene Vereinbarung zu einem zweiten Standort für ein ähnliches Format wie das der Baruther Schlossgespräche auch im Norden des Landes Brandenburg. Es wäre wünschenswert, wenn dadurch der Wettbewerbsgeist in den Kommunen belebt werden könnte.

Den offiziellen Bericht der SKEW zu den sechsten Baruther Schlossgesprächen finden Sie unter: <https://skew.engagement-global.de>



Neue Wege in der öffentlichen Beschaffung

Nicole Saile

*Eine Welt-Promotorin für Fairen Handel
Weltladen-Dachverband e.V.*



Mit der Verabschiedung des bundesweiten Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG)¹ und der Novellierung des Brandenburger Vergabegesetzes (BbgVergG)² gab es 2021 zwei richtungweisende Entscheidungen für die öffentliche Beschaffung im Land Brandenburg.

Produkte, Dienst- und Lieferleistungen haben soziale und ökologische Auswirkungen. Manche davon sind offensichtlich, andere verstecken sich in langen Lieferketten und erfordern eine gewisse Fachkenntnis, um diese zu erkennen. Auch in diesem Jahr werden für unsere Produkte mehrheitlich diejenigen, die diese unter teils katastrophalen Arbeitsbedingungen herstellen, zahlen.

Ein erster Schritt...

Im Juni 2021 hat der Bundestag das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz beschlossen. Dieses Gesetz ist ein großer Schritt für die

- 1 https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?start=//%5b@attr_id=%27bgbl121s2959.pdf%27%5d#__bgbl__%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27bgbl121s2959.pdf%27%5D__1633527243062
- 2 <https://bravors.brandenburg.de/gesetze/bbgvergg>

Einhaltung von Menschenrechten und die Umsetzung von Umweltstandards weltweit. Erstmals nimmt ein deutsches Gesetz Unternehmen hierzu in die Pflicht und setzt damit ein Zeichen für einen Wandel der vorherrschenden Geschäftspraktiken. Der aktuelle Beschluss weist allerdings noch viele Schwächen auf und kann somit nur ein erster Schritt zu einem gerechteren Miteinander sein.³

Fairer Handel als Chance

Die öffentliche Hand hat in Deutschland ein Beschaffungsvolumen von rund 350 Mrd. €, ca. 60 % davon entfallen auf Kommunen⁴. Diese tragen also eine große Verantwortung und stellen eine enorme Marktmacht dar. Mit ihrer Forderung nach fairen und nachhaltigen Kriterien nehmen Kommunen ihre Vorbildrolle gegenüber Umwelt und Mitmenschen wahr, sie leisten ihren Beitrag zum Erreichen von gesellschaftspolitischen Zielen und schaffen gleichzeitig Anreize, das weitere Unternehmen unter Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen produzieren.

- 3 <https://lieferkettengesetz.de/>
- 4 <https://www.koinno-bmw.de/informationen/publikationen/detail/ermittlung-des-innovationsrelevanten-beschaffungsvolumens-des-oeffentlichen-sektors/>

Randthema

Eine-Welt-Arbeit: hilft da promoten?

Uwe Prüfer

Landeskoordinator des Eine-Welt-Promotor:innen Programms in Brandenburg und Fachpromotor für die Unterstützung kommunaler Entwicklungspolitik



Fragt man das Internet was es bedeutet als Promoter:in tätig zu sein, so ist erhältlich: anpreisen, bewerben, propagieren, pushen, Reklame machen, vorantreiben, vorstellen, werben.

All dies trifft auf die Aufgaben der Mitarbeiter:innen von drei Programmen im Land Brandenburg zu, von denen eines sogar direkt als Eine-Welt-Promotor:innen Programm bezeichnet wird. Gemeinsam mit diesem werden zur Zeit noch zwei weitere Programme für ihre innovativen und praxisorientierten Ansätze bei der „Eine-Welt-Arbeit“ systematisch gefördert. Diese hervorragend zusammenarbeitenden und sich ergänzenden Angebote unterstützen die „Promotion“ des Themenfeldes auf kommunaler Ebene und im ländlichen Raum.

1. Das bundesweite Eine-Welt-Promotor:innen Programm wird von den 16 Eine Welt-Landesnetzwerken und der Stiftung Nord-Süd-Brücken getragen und durchgeführt. In Brandenburg arbeiten seit 2019 sieben Promotor:innen mit einem Stellenumfang von 4,7 sogenannten Vollzeitäquivalenten bei verschiedenen Vereinen.
2. „Stärkung der entwicklungspolitischen Bildungs- und Inlandsarbeit in Brandenburg durch kirchliche Eine-Welt-Arbeit“. Fünf Kolleg:innen sind jeweils in Teilzeit beim Diakonischen Werk Teltow-Fläming und bei ESTAruppin e.V. tätig.

3. Im Programm „Weltoffen-Solidarisch-Dialogisch“ können in ländlichen Regionen Brandenburgs zwei Kolleg:innen beim Lehliner Institut für Kunst und Kultur e.V. und bei ESTAruppin e.V. wirken.

Die Fördermittel für die drei Programme kommen zu unterschiedlichen Anteilen vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), vom Land Brandenburg durch das Ministerium der Finanzen und für Europa (MdFE) sowie vom Kirchlichen Entwicklungsdienst durch Brot für die Welt / Evangelischer Entwicklungsdienst.

Der Wirkungskontext

In den „Entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung Brandenburg“ von 2012 wird explizit dafür geworben, die Bedeutung internationaler Zusammenarbeit dauerhaft zu verankern.

Im Januar 2018 veröffentlichte die damalige Landesregierung ihren Fortschrittsbericht zur Umsetzung der 2014 verabschiedeten Landeshaltigkeitsstrategie (LNHS) und aktualisierte diese im Mai 2018 mit ausdrücklichem Bezug zur Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Eines der fünf LNHS-Handlungsfelder sind „Lebenswerte Städte und Dörfer“, was gute Anknüpfungspunkte für nachhaltiges kommunales Handeln bietet.

Die in Brandenburg regierende Koalition aus SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen hat in ihrem Koalitionsvertrag in punkto Entwicklungspolitik/Nachhaltigkeit wesentliche Forderungen des am 10. Round Table Entwicklungspolitik Land Brandenburg vom 6.4.2019 verabschiedeten Strategiepapiers *„Austausch fördern – Akzente setzen – Menschen begeistern. Nachhaltige Entwicklung im Land Brandenburg mitgestalten“* aufgegriffen. Dabei handelt es sich um die Forderungen nach der Fortsetzung des Dialogs mit der Zivilgesellschaft im Rahmen der kontinuierlichen Weiterentwicklung der Entwicklungspolitischen Leitlinien sowie der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes.

Seitdem kommt den ländlichen Räumen Brandenburgs eine höhere Aufmerksamkeit durch Landespolitik zu. Im o.g. Strategiepapier wird konstatiert: „Der RTEP hat in der Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien die kommunale Entwicklungspolitik als einen der Kernpunkte der Kommunikation erkannt und hierzu unterschiedliche Formate entwickelt. Das Problembewusstsein in den Kommunen und ihren Spitzenverbänden muss deutlich geschärft werden.“ Dieser Leitlinie folgen seither auch die drei genannten Programme sowie andere Akteure im Themenfeld.

Der Hauptansatzpunkt der Promotor:innen ist es, mittels differenzierter nachfrageorientierter Leistungen weitere Sensibilisierungen zu ermöglichen, primär die bereits vorhandenen Ansätze zu unterstützen und sinnvolle Vernetzungen voranzutreiben. Das folgt auch den Prämissen:

- Respektierung des Rechtes auf kommunale Selbstverwaltung, wie es auch der (entwicklungspolitisch zurückhaltende) Städte- und Gemeindebund Brandenburg stark betont.
- Bei zunächst nur dreijährig gesicherter Projektzeit in einem Flächenland ist eine starke Fokussierung von Anfang an unabdingbar.
- Bereits vorhandene Ansätze sind zu stärken und Engagierte zu unterstützen, um damit

Vorbilder vorzustellen und bisher nicht erreichte Bürger:innen zu motivieren.

Seit März 2020 ist zweifellos die Corona-Pandemie und der staatliche und gesellschaftliche Umgang damit, ein vieles bestimmender Einflussfaktor. Auch die Kommunen haben sich im Zusammenhang mit der Pandemie sehr stark lokalen Maßnahmen zugewandt, und sich nur noch vereinzelt mit einer globalen Perspektive öffentlich auseinandergesetzt. Die für die Arbeit von Promotor:innen wichtigen Formate wie persönliche Beratung, Vor-Ort-Gespräche, direkte Meetings etc. konnten während der Lockdowns nur noch eingeschränkt bzw. gar nicht genutzt werden. Dafür ist es gelungen die Erreichbarkeit unterschiedlicher „Zielgruppen“ recht erfolgreich auf digitale Kanäle umzustellen.

Aktuelle Beispiele für die kommunale Wirkung der drei Programme

Um die im Bundesland nicht sonderlich ausgeprägten Nachhaltigkeitsaktivitäten auf kommunaler Ebene mit entwicklungspolitischem Bezug und mit angemessenem Blick auf den globalen Kontext zu unterstützen, werden seit 2016 jährlich die „Baruther Schlossgespräche“ durchgeführt. Dieses praxisbezogene Treffen, an dem die Stadt Baruth (Mark) mit Bürgermeister Ilk, die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global gGmbH sowie die Landesregierung Brandenburg beteiligt sind, hat sich inzwischen als Gremium zum Austausch und Anregung für interessierte Brandenburger Kommunen etabliert.

Baruther Schlossgespräche

Die 6. Baruther Schlossgespräche für eine Nachhaltige Entwicklung in Brandenburg, konnten am 8. September 2021 trotz der herausfordernden Umstände als Präsenzveranstaltung durchgeführt werden. Der diesjährige

Schwerpunkt „Die Kommunen als Rückgrat der brandenburgischen Nachhaltigkeitsstrategie“ erbrachte einen konstruktiven Fachaustausch und zahlreiche Impulse für die weitere Arbeit. Dabei ist u.a. zur Sprache gekommen, ob es aufgrund der relativ langen Fahrwege von Kommunalvertreter:innen aus anderen Regionen Brandenburgs nicht ein ähnliches Format auch anderswo in Brandenburg geben könnte. Diese Überlegung wird seitdem gemeinsam mit der SKEW sondiert.

Nachhaltigkeitsplattform

Die Steuerungsgruppe der Nachhaltigkeitsplattform Brandenburg wurde im Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS) Potsdam am 10. April 2019 konstituiert (<https://plattform-bb.de/über-uns/>). Sie spielt für die Weiterentwicklung der Landesnachhaltigkeitsstrategie eine entscheidende Rolle. Zwei Promotor:innen arbeiten dort mit. Im Frühjahr 2021 kam es z.B. zur Gründung einer Arbeitsgruppe Nachhaltige Kommune.

Global Nachhaltige Kommune

Seit dem Frühjahr 2021 beteiligt sich Brandenburg am Programm „Global Nachhaltige Kommune Brandenburg 2021. Am 7. September fand in Baruth/Mark das dritte Treffen des Projektes mit Vertreter:innen aus fünf brandenburgischen Kommunen statt: Baruth/Mark und Cottbus; die beiden Landkreise Elbe-Elster und Teltow-Fläming sowie die Gemeinde Nuthe-Urstromtal. Sie tauschten sich vor allem über den Stand der Umsetzung bei ihnen aus. Organisiert wird das Vorhaben von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) der ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH. Im Stakeholderbeirat des Projektes ist u.a. der Autor als Fachpromotor dabei.

Nachhaltigkeit im südw. Brandenburg

Mit „Nachhaltigkeit im südwestlichen Brandenburg“ kann eine Reihe von Veranstaltungen

und Aktivitäten beschrieben werden, die seit 2019 wann als Kooperationen durchgeführt werden. Sie widerspiegeln eine Vielfalt zivilgesellschaftlichen Engagements in der Region. Für die gegenseitige strukturelle und thematische Stärkung und Vernetzung gab es eine sehr große Offenheit. Gleichzeitig wurden Bedarfe nach Unterstützung v.a. der ausschließlich ehrenamtlichen Strukturen sichtbar, die u.a. von der dortigen Promotorin zur „Stärkung regionaler Nachhaltigkeitsinitiativen durch Nord-Süd-Themen“ aufgegriffen werden konnten. Eine mit „Mandat“ ausgestattete Kerngruppe hatte dann am 19. Juni 2021 die Veranstaltung „Zukunftsimpulse aus der Region“ organisiert. Dabei entworfen wurde v.a. ein Impulspapier für die weitere Arbeit in der Region, welches auch Erwartungen und Forderungen an Entscheidungsträger:innen enthält.

Fair – Regional – Nachhaltig

Eine sehr gute Kooperation von Kolleg:innen des Diakonischen Werkes Teltow-Fläming und weiterer Promotor:innen ist inzwischen mit der Klimaschutzstelle des Landkreises Teltow-Fläming entstanden. Arbeitsschwerpunkte sind dabei: – die Arbeit an einem Nachhaltigkeitskonzept des Landkreises, – der beginnende Prozess „Fairer Landkreis“ zu werden sowie – die neue Partnerschaft mit der Gemeinde Katima Mulilo in Namibia. Nach mehreren online Meetings ist inzwischen das „Aktionsbündnis – Fair – Regional – Nachhaltig in Teltow-Fläming“ gegründet worden.

Potsdam – Sansibar-Town

Auf kontinuierliche Entwicklungen können die Klima- und die Städtepartnerschaft der Landeshauptstadt Potsdam mit Sansibar-Town verweisen. Das Koordinierungsgremium auf Potsdamer Seite, der Freundeskreis Städtepartnerschaft, trifft sich regelmäßig. Zwischen beiden Städten gibt u.a. diverse Arbeitsbesuche von Spezialist:innen.

Migration und Entwicklung

Nach kurzfristiger Vorbereitung fand das 4. Regionale Netzwerktreffen „Migration und Entwicklung auf kommunaler Ebene“ für das Land Brandenburg am 10. und 11. Dezember 2020 als online Meeting statt – erstmals gemeinsam mit Mecklenburg-Vorpommern. Ausrichter waren die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global in Kooperation u.a. mit der Berlin-Brandenburgischen Auslandsgesellschaft (BBAG) e.V. und dem Netzwerk Migrant*innenorganisationen Brandenburg (NeMiB) e.V. Der Anspruch, gemeinsam neue Ideen in diesem Handlungsfeld zu entwickeln, wird weiterhin für Brandenburger Verhältnisse als schwierig eingeschätzt.

Vor allem durch die coronabedingten Einschränkungen sind leider die Prozesse in Richtung Bewerbung als Fair-Trade-Town in Potsdam und Teltow momentan zum Erliegen gekommen.

Wie kann es weiter gehen?

Diese drei für Brandenburg wichtigen und bestens miteinander kooperierenden Programme sind aktuell bedroht. Die den Trägern der Programme kommunizierten Kürzungen ab 2022 – mit nötigen Einsparungen im Bundeshaushalt auch für das BMZ begründet – könnten dazu führen, dass mehrere dieser mit Teilzeitstellen geförderten Brandenburger Kolleg:innen keine Bundesmittel mehr erhalten. Was in der Regel das ‚Aus‘ der Stellen bedeuten würde. Fatal! Die involvierten Akteure: VENROB, die Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke, die Stiftung Nord-Süd-Brücken, der Kirchliche Entwicklungsdienst in der Landeskirche sowie weitere wehren sich bereits mit vielfältigen Mitteln.



Kommunen als Pioniere der Transformation

Nora Lust

Projektleitung



Die Kommunen sind seit einigen Jahren ins Zentrum der Nachhaltigkeitsbemühungen gerückt. Sie gelten als zentrale Akteure bei der Umsetzung der SDGs (Nachhaltigkeitsziele). Zahlreiche Programme und Projekte unterstützen die dafür notwendigen Prozesse und die oftmals bestehende Bereitschaft, sich anstehenden Veränderungen zu stellen.

Zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele stehen den kleinstädtischen und ländlichen Regionen Brandenburgs etliche Herausforderungen gegenüber. Um in diesem Umfeld für weitere Unterstützung zu sorgen, ist das VENROB-Projekt 2021: „Ländliche Regionen in Brandenburg: nachhaltig, weltoffen und solidarisch in die Zukunft“¹ entwickelt worden.

Ländliche Regionen in Brandenburg: nachhaltig, weltoffen und solidarisch in die Zukunft

Das Projekt arbeitet einerseits mit Präsenzveranstaltungen, die gemeinsam mit den regionalen Akteur:innen geplant und durchgeführt werden. Ein Hauptaugenmerk wird dabei auf den spezifisch lokalen Bezug gelegt.

¹ Gefördert durch ENGAGEMENT GLOBAL mit Mitteln des BMZ, dem Ministerium der Finanzen und für Europa (MdfE) und Brot für die Welt mit Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes

Unterstützt durch Expertise der anwesenden Teilnehmer:innen, bietet das Präsenz-Format zusätzlichen Raum für persönlichen Austausch, Diskussion und gemeinsame Planungsansätze.

Die Themen für die digitalen Veranstaltungsformate werden hingegen aus einer Kombination externer Inputs, eigener Recherchen zur derzeitigen kommunalen Entwicklung und genauer Beobachtung laufender politischer Prozesse auf Landesebene ergänzt. Dadurch bietet das Online-Format Potenzial für einen überregionalen Austausch zwischen den verschiedenen Brandenburger Kommunen. VENROB wird zivilgesellschaftliche Akteur:innen nach wie vor in beiden Veranstaltungsformaten zur Diskussion um die verschiedenen Zielkonflikte bei der Implementierung der SDGs einladen, ergänzen sie doch in positiver Weise den laufenden Diskurs zur Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes.

Das Jahr und somit auch der Projektzeitraum neigen sich dem Ende – ein geeigneter Zeitpunkt für ein erstes Résumé:

Dafür komme ich noch einmal auf die eingangs erwähnten Herausforderungen im ländlichen Brandenburg zurück. Zivilgesellschaftliche Akteur:innen, die im Bereich der transformativen Bildung, der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) oder des Globalen Lernens (GL) arbeiten sowie Menschen, die sich konkret am

Aufbau neuer nachhaltiger Strukturen oder gemeinwohlorientierter Unternehmen beteiligen, sind in Städten mittlerweile meist gut repräsentiert.

In den ländlichen Räumen des Flächenlandes Brandenburg ist es aufgrund der demographischen und der infrastrukturellen Situation in der Regel schwierig, kontinuierlich ansprechbar und wirksam zu sein. Neben Berührungängsten gegenüber Unbekannten/m und Beharrungstendenzen, besteht in großen Teilen der Bevölkerung auch wenig Kenntnis über die Konsequenzen des eigenen Handelns auf Menschen und deren Lebensumstände im globalen Süden.

Nicht zuletzt durch die Erfahrung eines für viele Menschen nicht glücklich verlaufenen innerdeutschen Einigungsprozesses fehlt häufig ein generelles Vertrauen in Werte wie Transformation und demokratische Beteiligung.

Um einzuschätzen, ob und warum die Kommunen nicht nur in Brandenburg bevorzugte Orte für eine Transformation hin zu einer nachhaltigeren Entwicklung sind, lohnt sich ein Blick auf ihren Status und ihre daraus entstandene Funktion:

Gemäß einem Beschluss des Staatssekretärsausschusses für nachhaltige Entwicklung der Bundesregierung aus dem Juni dieses Jahres sind Kommunen der Ort, wo „die Transformation zu einer nachhaltigen Entwicklung konkret und erlebbar stattfindet und an dem sich gleichzeitig wie unter einem Brennglas Konsequenzen nicht-nachhaltiger Handlungen zeigen“.² Gleichzeitig sei die kommunale Selbstverwaltung „in der Lage, gesellschaftlichen Initiativen Raum zu geben, und Bürgerinnen und Bürgern Gelegenheit [zu bieten], auch

schwierige Veränderungsprozesse anzustoßen und mitzugestalten“.³

Es geht also um Anerkennung der Menschen in ländlichen Regionen, die von veränderten äußeren Umständen unmittelbar betroffen sind, und zwar:

- positiv z.B. durch den Aufbau eines nachhaltigen Mobilitätskonzept sowie
- negativ durch Diversitätsverlust, Bodenerosion, Extremwetterlagen zwischen Starkregen und langfristiger Wasserknappheit oder gesundheitlichen Folgen durch Luftverschmutzung.

Dies sind in verkürzter Form die für Brandenburg relevantesten Aspekte. Verbunden mit dem Wissen, dass sich Veränderungsbereitschaft in erster Linie durch persönliche Betroffenheit und in Krisen entwickelt, ist es besonders wichtig, das Bewusstsein in der Bevölkerung zu schärfen.

Bei der Umsetzung von Projekten sind wir immer wieder auf zivilgesellschaftliches Engagement getroffen. Vielversprechende Beispiele nachhaltiger lokaler Strukturen finden sich in der Bildungsarbeit, der Schaffung von Gemeinschaftsorten und Teilhabeangeboten oder bei der Entwicklung nachhaltiger Lebensmittel- und Ernährungsstrukturen.

Die Stadt Luckenwalde etwa braucht sich hinsichtlich ihrer Bemühungen um Nachhaltigkeit nicht zu verstecken. Da gibt es das bereits mehrfach für seine soziale und ökologisch nachhaltige Unternehmensführung ausgezeichnete SIK-Holz-Unternehmen. Ein bisher einzigartiges Cross-over-Konzept von beeindruckender Tiefe hinsichtlich des Anspruchs an Nachhaltigkeit stellt das E-Werk Luckenwalde dar. Dabei handelt es sich um ein ehemaliges Kohlekraftwerk, das auf erneuerbare Energien umgerüstet wurde und nicht nur Öko-, sondern Kunststrom produziert.

Die Beispiele zeigen, wie wichtig gestalterische Freiräume der kommunalen Verwaltung

2 Beschluss zu „Kommunen zentral für nachhaltige Entwicklung“ des Staatssekretärsausschusses für nachhaltige Entwicklung vom 14. Juni 2021. Abrufbar unter URL: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/nachhaltigkeitspolitik/der-staatssekretärsausschuss/staatssekretärsausschuss-fuer-nachhaltige-entwicklung-426412> (Zugriff am 17.11.2021)

3 Ebd.

gen und deren engagierte Nutzung für das in Gang bringen von Initiativen und Projekten sind. Erwartungsgemäß sind die Erfahrungen aus verschiedenen Projekten so vielfältig wie die Menschen, die sie ausführen. Sie reichen von Erkenntnissen wie, dass die Bürger:innen in ihrer Veränderungsbereitschaft weiter sind als die eigenen Verwaltungsmitarbeitenden bis zu jener, dass es Mitarbeitende gibt, die ihre Verwaltungsfunktion als Initiativrolle für den Aufbau fairer und nachhaltiger Strukturen, Bündnisse und Projekte wahrnehmen.

Welche Rückschlüsse gibt es aus den Projekterfahrungen? Wo ergeben sich Handlungsbedarfe, um die Innovationsfähigkeit von ländlichen Regionen zu befördern bzw. die engagierte Zivilgesellschaft zu unterstützen?

Bildung ist alles

Das zentrale Handlungsfeld des Projekts ist Bildung. So adressiert der erste Punkt strukturelle Bedingungen für transformative Bildung: Die starken inhaltlichen Überschneidungen von Globalem Lernen und BNE, die Kernkompetenzen für die transformativen Prozesse vermitteln, lassen zunehmend die Frage nach dem Sinn der bestehenden Trennung dieser beiden Bereiche aufkommen. Deshalb hat die Servicestelle BNE Brandenburg (bei der ANU Brandenburg) gemeinsam mit der Außenstelle Berlin-Brandenburg von Engagement Global die Initiative ergriffen, anhand einer Reihe von Werkstattgesprächen neue Wege zu beschreiten. Explizites Ziel ist es, die beiden Bereiche BNE und GL näher zusammen zu bringen und die jeweiligen Akteur:innen stärker zu vernetzen. Folglich wäre zur vereinfachten Durchführung von projektbezogener Bildungsarbeit eine Zusammenlegung der Förderzuständigkeiten für GL und BNE wünschenswert.

Kontinuierliche Finanzierung

Noch wichtiger jedoch – was auch von Veranstaltungsteilnehmenden zurückgemeldet wird – ist es, durch kontinuierliche Finanzie-

rung sicherzustellen, dass mühsam aufgebaute Strukturen (insbesondere solche der Zivilgesellschaft), Beziehungen und Vertrauensverhältnisse nicht wieder zusammenbrechen, weil Projekte enden oder ganze Programme gestrichen werden. Nachhaltige Entwicklung basiert auf dem Wissen über globale Zusammenhänge und der Fähigkeit, sich in der vernetzten und komplexen Weltgesellschaft zu orientieren und gestaltend einzubringen; dazu braucht es Bildungsangebote. Lernen findet häufig auf persönlicher Basis statt. Beziehungsaufbau braucht Zeit und im besten Fall personelle Kontinuität.

Mehr Eigenverantwortung

Insgesamt mehren sich die Erkenntnisse, dass an vielen Stellen das Gegenteil der gewohnten Methodik der vergangenen Jahre eingeschlagen werden sollte: kleiner, regionaler – nicht größer, globaler vielfältiger – nicht gleichförmiger; experimenteller mit Bereitschaft zum Nachjustieren und dabei weniger beschränkt durch bürokratische Hürden, kürzere Entscheidungswege, mehr Freiheiten aber auch die Bereitschaft, wieder Verantwortung für eigene Entscheidungen zu übernehmen.

Die Kommunen sowie Akteur:innen sind bei der Umsetzung der SDGs also neben der verlässlichen, längerfristigen Finanzierung mit Unterstützung von Bundes- und Landesebene auch darauf angewiesen, dass mehr Menschen an relevanten Stellen mutig genug sind, unkonventionelle Entscheidungen zu treffen und sektorielles Denken zu überwinden.

Resilienzaufbau ist nötig

Zuletzt muss es beim Handlungsfeld Nachhaltige Kommunen dringend um Anpassungsmaßnahmen und Resilienzaufbau in den ländlichen Regionen gehen. Und neben Fragen, welche konkreten Maßnahmen im landwirtschaftlichen, baulichen und infrastrukturellen Bereich eine Region resilienter machen, wird der Umgang mit stark zunehmender

Klimawandel-bedingter Migration als genuin entwicklungspolitischem Handlungsfeld dabei eine große Rolle spielen. Zukunftsfähige Politik sollte folglich den Bereich der Globalen Bildung als Kernkompetenz für friedliche und inklusive Kommunen und Gesellschaften verstehen und entsprechend agieren.

Kohärenz politischen Handelns erforderlich

Zurück zur Frage: „Wo ergeben sich Handlungsbedarfe, um die Innovationsfähigkeit von ländlichen Regionen zu befördern?“:

1. Die Erfahrungen des Projekts zeigen viel zivilgesellschaftliches Engagement und Potenzial für die Gestaltung nachhaltiger regionaler Räume. Es ist wichtig, durch die Schaffung verlässlicher Strukturen solche Projekte weiterhin zu ermöglichen, um nachhaltige regionale Entwicklungsprozesse zu unterstützen. Unser Antrag für ein Folgeprojekt wurde eingereicht.

2. Die Erkenntnis der Bedeutung und Handlungsfähigkeit der kommunalen Ebene zur Umsetzung der SDGs ist wichtig – allerdings auch nur so wirksam, wie die notwendige Unterstützung von übergeordneten gesetzlichen Ebenen und deren Veränderungsfähigkeit – insbesondere auf der Bundesebene – anerkannt wird. Ambitionierte Bemühungen um Kohärenz politischen Handelns auf den verschiedenen Ebenen sind weiterhin dringend notwendig.



Auf Besichtigungstour im E-Werk Luckenwalde

30 Jahre Berlin-Brandenburgische Auslands-gesellschaft e.V. (BBAG)

Kilian Kindelberger

Geschäftsführer BBAG e.V.

Am 17. April 2021 hatte die Berlin-Brandenburgische Auslands-gesellschaft e.V. einen ausgezeichneten Grund zu feiern. Auf den Tag genau vor 30 Jahren, wurde sie 1991 im damaligen Potsdamer „Haus des Lehrers“ (See-straße 45) gegründet. Seit dem entwickelt sich der aus einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme hervorgegangene Verein ständig weiter. Mit mehr als 20 Mitarbeitenden in Potsdam und Brandenburg an der Havel, ist er dabei längst zu einem landesweit angesehenen und aktiven zivilgesellschaftlichen Akteur unterschiedlichster Initiativen geworden.

Schon bei der Vereinsgründung durch engagierte Bürger:innen, war vor allem die Schaffung einer gemeinnützigen Bildungseinrichtung das Ziel. Seither nimmt die BBAG in den Bereichen Bildung, Integration und Arbeitsmarkt eine wichtige Rolle wahr. Dabei versteht sich als Partnerin und Dienstleisterin für unterschiedliche Bereiche des öffentlichen und privaten Sektors sowie der Zivilgesellschaft. Sie beteiligt sich aktiv an der politischen Willensbildung in der Gesellschaft und wirkt als Impulsgeber für politische Handlungsträger:innen, indem sie Kenntnisse und Erfahrungen aus ihrer Tätigkeit weitergibt.

Der Verein versteht sich als ein sich selbst kontinuierlich weiterentwickelnder Akteur im Sinne lebenslangen Lernens. Dabei definiert er Lernen und Lehre für seine Teilnehmenden als den erweiterten Erwerb und die Vermittlung interkultureller, gesellschaftlicher, beruflicher und persönlicher Handlungs-

kompetenzen. Dafür kooperiert die BBAG mit einer Vielzahl von Partnern; wie beispielsweise der Deutsch-Nordamerikanischen Gesellschaft, der Deutsch-Französischen Gesellschaft, der Gesellschaft der Freunde Britanniens, der Initiative Ausländer, der Gesellschaft der Freunde Kanadas, der Deutsch-Polnischen Gesellschaft, der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, der Deutsch-Italienischen Gesellschaft oder der Deutsch-Lateinamerikanischen Gesellschaft.

Im Jahre 1991 orientierten sich die Gründungsmitglieder der BBAG an den Strukturen und der Ausrichtung der damaligen „Rheinisch-Westfälischen Auslands-gesellschaft“, der heutigen www.auslandsgesellschaft.de mit Sitz in Dortmund. Erster Präsident der neuen BBAG wurde Dr. Bert Becker, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Ursprünglich sollte der neue Verein „Brandenburgische Auslands-gesellschaft“ (BAG) heißen. Mit Blick auf das künftige Zusammenwachsen der Großregion und einer damals möglichen Fusion der beiden Bundesländer zu Berlin-Brandenburg, entschied man sich als BBAG zu firmieren. Einige Zeit später scheiterte zwar die politische Fusion der beiden Bundesländer, aber der Name des Vereins wurde beibehalten. Letztlich hatten sich inzwischen alle an ihn gewöhnt und Gefallen daran gefunden. Sitz des Vereins war immer Potsdam.

30 Jahre bedeuten auch kontinuierliche Veränderung in unserer Gesellschaft, im Leben

jedes Einzelnen sowie in der Vereinsarbeit und Ausrichtung der BBAG. So waren die ersten Projekte 1991 Teilnahmen an der Interkulturellen Woche und einem sicherheitspolitischen Seminar, gemeinsam mit dem damaligen „Politischen Club Potsdam“, dem heutigen WeltTrends e.V. Bis heute steht erstgenanntes unverändert im Jahreskalender.

Die politische Bildungsarbeit hat sich seitdem kontinuierlich gewandelt und an den gegenwärtigen Erfordernissen immer wieder neu orientiert. Standen 1991 Fragen der Sicherheit in Europa und der Welt im Mittelpunkt, so spielen heute Themen der Europäischen Integration sowie Flucht, Migration und Integration die wesentliche Rolle. Seit 2009 ist die BBAG Träger von 'Europe Direct' Informationszentren der Europäischen Kommission.

Völkerverständigung war und ist ein wichtiges Ziel der BBAG, auch wenn man den Begriff so nur noch selten hört. Dies zeigt sich unter anderem durch die Städtepartnerschaften. So wurde der BBAG durch sein Gründungsmitglied Bruno Schulz die Begleitung und Ausgestaltung der Städtepartnerschaft zwischen der polnischen Stadt Opole und Potsdam quasi in die Wiege gelegt. Für seine Verdienste wurde er von Opole sogar mit der Ehrenbürgerschaft geehrt. Angesichts der erlebten Freundschaft brach einst bei einem der Partnerschaftstreffen ein polnischer Gast der BBAG mit seinen 1945 abgelegten Schwur nie wieder Deutsch zu sprechen. Auch der internationale Jugendkreativwettbewerb 'Odyssey of the Mind' fand in der BBAG eine Heimat und wird inzwischen durch einen eigenen Verein unter dem Dach der BBAG von engagierten Ehrenamtlichen betrieben.

Zu den Projekten im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit vor Ort zählen u.a. gemeinsam mit der Rheinisch-Westfälischen Auslandsgesellschaft unternommene Bildungsreisen oder allein als BBAG auf die Krim. Insbesondere während der zweiten Hälfte der 1990er Jahre war die BBAG auch an verschiedenen Projekten im Westjordanland beteiligt, u.a. beim Bau von Wasserzisternen in zwei

Dörfern. Sie führte Seminare in Nicaragua durch und unterstützte eine Schule in Matola (Mosambik). Davon blieb bis heute das zweijährliche Treffen der Freunde Mosambiks.

Neue Horizonte eröffneten sich auch bei den Städtepartnerschaften. So ermöglichte 2017 eine gemeinsame Initiative der BBAG und VENROB e.V., dem entwicklungspolitischen NRO-Landesnetzwerk, die Städtepartnerschaft zwischen Potsdam und Sansibar-Town in Tansania. Heute ist sie eine der lebendigsten Partnerschaften der Landeshauptstadt.

Auch in Fragen zur Zukunft Europas oder zur Gestaltung einer pluralistischen, multikulturellen und aufgeklärten Gesellschaft in Deutschland, ist die BBAG heute breiter, vielschichtiger und tiefgreifender positioniert. Fünf Tätigkeitsbereiche weist sie inzwischen in ihrem Organigramm aus:

- Deutsch als Fremdsprache,
- soziale und berufliche Integration von Zugewanderten und Geflüchteten,
- europapolitische Bildung und Kommunikation,
- Städtepartnerschaften und Internationale Zusammenarbeit,
- Betrieb der beiden interkulturellen Zentren in Potsdam und Brandenburg an der Havel.

Der Schwerpunkt Integration hat sich aus der politischen Bildungsarbeit entwickelt. Eine BBAG-Legende aus den frühen 1990ern schreibt es einem arabischsprachigem Teilnehmer zu, dass es zwar sehr gut sei, dass bei Bildungsseminaren über die Situation im Nahost-Konflikt oder konkrete Länderanalysen diskutiert würde. Sein Problem sei jedoch ein gänzlich anderes. Er lebe hier in Potsdam und brauche Hilfe bei der Integration. Für Geflüchtete kein leichtes Unterfangen, waren sie doch von den meisten Fördermöglichkeiten ausgeschlossen. So wurden damals vor allem jüdische Zuwander:innen, Spätaussiedler:innen und die im Land Brandenburg lebenden Vietnames:innen und ihre Arbeitsmarktintegration wichtiger Bestandteil der Arbeit der BBAG. In

Zeiten hoher Arbeitslosigkeit im Land Brandenburg kein leichtes Unterfangen. Zunehmend entwickelten sich auch Deutsch-Sprachkurse zu einem eigenen Arbeitsfeld. Erst in den 2010er-Jahren verbesserte sich die Situation deutlich. Jede Vermittlung in den Arbeitsmarkt war ein kleiner Erfolg. Vielen konnte dabei geholfen werden, anderen auch nicht. Die größten Ärgernisse sind dabei immer wieder die Abschiebungen von bereits integrierten Personen.

Im Rampenlicht stand die BBAG mit ihrer Arbeit zunächst nur selten. Nur gelegentlich kamen Politiker:innen und Kamerateams in die BBAG, um sich über die Tätigkeit zu informieren oder über diese zu berichten. Das änderte sich schlagartig am 17. Juli 2011. Yuki Nagasato, japanische Teilnehmerin am Deutschkurs in der BBAG, wurde mit ihrer Nationalmannschaft in Frankfurt am Main Fußballweltmeisterin. Japanische Fernsehsender und die Deutsche Welle drückten sich die Klinke in die Hand und berichteten von der erfolgreichen Japanerin im BBAG-Integrationskurs. Sogar die BILD-Zeitung berichtete kurz und ausnahmsweise sachlich darüber.

30 Jahre sind ein Grund zum Feiern! Die Pandemie verhinderte die Feier im April. Erst am

17. September konnte im Garten der BBAG mit vielen Gästen nachgefeiert werden. Mit dabei waren Persönlichkeiten aus Politik und Verwaltung und ehemalige und aktuelle Mitstreiter:innen und Kooperationspartner. In der nicht einfachen Pandemiezeit kommen bis heute die inzwischen bewährten Online-Formate erfolgreich zum Einsatz. Noch immer ist Unsicherheit darüber spürbar, welche Regelungen künftig gelten, welche Veranstaltungen und Kurse man wie planen und durchführen kann. Wie Ausfälle kompensiert werden können. Dank der Unterstützung des Bundes, des Landes Brandenburg und auch der Mitarbeitenden im Rahmen der Kurzarbeit und Home-office ist es gelungen, den Verein in dieser schwierigen Zeit finanziell abzusichern. In der Zeit der Pandemie ist aber auch klar geworden: Technische Innovationen sind eine Bereicherung für die Bildungsarbeit, Video-Konferenzen sind besser als Telefon-Konferenzen, ersparen mitunter auch wertvolle Reisezeit. Ersetzen können sie das Reden, den Austausch miteinander, das Ringen um Standpunkte, die Gemeinschaft der Präsenz nicht. Bildung braucht Begegnung und das auf allen Ebenen, bei der Integration vor Ort, beim europäischen Miteinander und bei der Ausgestaltung von Nord-Süd-Partnerschaften. Diesem Ziel will sich die BBAG auch in den nächsten Jahren widmen.



BBAG-Gründungspräsident Dr. Bert Becker eröffnet am 11. November 1995 das 5. Bildungsseminar der Deutsch-Japanischen Gesellschaft (DJG) der BBAG mit Yukiyo Becker, Vorsitzende der DJG Potsdam und Konsul Toda als Vertreter der japanischen Botschaft.

Umoja-Lifeboat-Tour: internationale Frauen- solidarität auf der Havel

Andreas Teuchert

Kulturreferent am Kunstort Lehnin



Ende August und Anfang September fanden zwei jeweils dreitägige Hausboot-Touren mit neuangekommenen Frauen und Mädchen aus den Gemeinschaftsunterkünften in Werder (Havel) und Rathenow sowie lokalen Künstlerinnen und Aktivistinnen statt. Die erste Bootsfahrt führte von Kloster Lehnin nach Norden über Brandenburg/Havel nach Rathenow, die zweite nach Osten über Werder nach Potsdam und zurück.

Es handelte sich einerseits um künstlerische und ökologische Entdeckungstouren durch den kostbaren und fragilen Natur- und Sozialraum der unteren und mittleren Havel. Zudem fanden Workshops und Veranstaltungen an verschiedenen Anlegeorten zusammen mit ortsansässigen Frauen und Mädchen statt, neue Bekanntschaften und Netzwerke wurden geknüpft und damit Fremdenangst und Rassismus entgegengewirkt.



Treibende Kraft hinter dem Projekt war Fatuma Musa Afrah, Beraterin, Aktivistin und Sozialarbeiterin. Geboren in Somalia, aufgewachsen in Kenia, kam sie 2014 nach Deutschland und gründete 2016 den Verein „United Action Women & Girls e.V.“ (<https://www.united-action.de>), mit dem sie Empowerment und Beratungsarbeit in Brandenburg betreibt.

Sie sagt: „Die Tour soll die Frauen, die nach Deutschland flüchteten – ich sage lieber in Deutschland neu angekommen sind – aus ihren Unterkünften, wo sie unter sich sind und wenig Kontakt mit den Einheimischen haben, zusammenbringen. Schön ist auch, wenn Flüchtlingsfrauen und Havelländerinnen vor Ort Kontakt knüpfen. Dieser Begegnungsaspekt ist eine große Herausforderung, aber auch ein Stück gegenseitige Integrationsarbeit. Die Frauen kommen aus so vielen Ländern, unterschiedlichen Kulturen, mit verschiedenen Religionen. Aber eines haben alle gemeinsam: Sie sind geflüchtet vor dem Bürgerkrieg und auch aus wirtschaftlichen Gründen. Für diese Frauen ist es wichtig, dass sie die Sprache des Landes lernen, um ihren Radius und ihre Möglichkeiten zu erweitern. Für die Mädchen besteht die große Herausforderung darin, dass sie in Deutschland ‚zwischen‘ den Kulturen aufwachsen und ihren Platz finden müssen.“

Neben dem Team konnten immer maximal neun Frauen und Mädchen auf dem Boot mitfahren, die etappenweise zu- und ausstiegen.



Nach einem Treffen bei der Berlin-Brandenburgischen Auslandsgesellschaft und gemeinsamem Kochen mit Frauen am Übernachtungsort Brandenburg/Havel, ging es weiter durch die Havelauen bei Premnitz und Milow nach Rathenow, wo im Alten Hafen 20 Frauen aus zwölf Nationen, wie Afghanistan, Kenia, Somalia, Tschetschenien und dem Kurdengebiet der Türkei dazukamen. Außerdem Frauen aus dem Umkreis des Familiencafés der AWO und dem Frauenhaus. Nach dem Kennenlernen gab es kleine Touren mit dem Hausboot auf der Rathenower Havel, später am Nachmittag fanden Kunst- und Yoga-Workshops auf dem Gelände des Rathenower Ruderclub Wiking statt.



Die Tour begleitete die bildende Künstlerin Lätitia Norkeit aus Werder (Havel): „In Vorbereitung der Tour entstanden an einem Kunst-Workshop-Wochenende Stoffe, die die Frauen gefärbt und bedruckt haben und die nun unser Hausboot schmücken“. Sie befragt die Teilneh-

merinnen auf den Touren zu ihren Geschichten und Erfahrungen und filmt auch teilweise.

Die Tour war eine weitere Kooperation zwischen Fatuma Musa Afrah, Lätitia Norkeit und dem KunstOrt Lehnin (<https://kunstortlehnin.de>), der mit seiner WSD-Stelle (Andreas Teuchert) Projekte an der Schnittstelle von Kunst, Weltoffenheit und Nachhaltigkeit durchführt – für die Beteiligten ein großes Experiment, eine emotionale und logistische Herausforderung und Lernerfahrung.

So sieht es auch die 14-jährige Alijah, die mit ihrer Familie aus Afghanistan geflüchtet ist und seit zwei Jahren in Rathenow lebt: „Ich kann nicht schwimmen und hatte zunächst Angst auf dem Wasser. Aber dann hat es mir viel Spaß gemacht und schließlich habe ich das Boot sogar selbst gesteuert“.

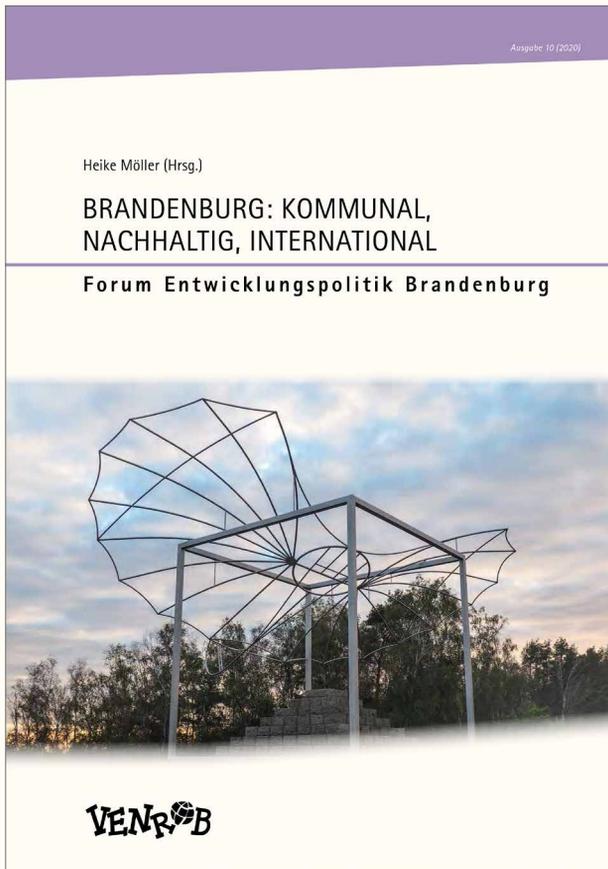
Am Samstag den 5. September endeten die Touren mit einer Präsentation und Kunstaktion beim Festival Weltoffenes Werder (<https://www.weltoffenes-werder.de/aktionswoche/festival21>).

Gefördert wurde das Projekt vom Fonds Soziokultur im Rahmen von Neustart Kultur und dem Bündnis tolerantes Brandenburg.



Marktplatz Werder Havel am 6. September 2021

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg



Seit 2012 erscheint die Reihe *Forum Entwicklungspolitik Brandenburg* bei WeltTrends. Sie widmet sich den Fragen und Problemen der Einen Welt. In ihr werden anspruchsvolle, themenbezogene Beiträge mit politischer und wissenschaftlicher Diskussion sowie dem Praktiker-austausch verknüpft. Aktuelle entwicklungspolitische Themen (auch mit Blick auf Brandenburg) werden aufgegriffen, um zu dokumentieren, was sich beidseitig der – mehr oder weniger scharfen – Trennlinie von entwicklungspolitischer Theorie und Praxis tut.

Das *Forum Entwicklungspolitik Brandenburg* wird herausgegeben vom VENROB e.V., dem entwicklungspolitischen Landesnetzwerk in Brandenburg. Die kostenlosen Broschüren stehen Ihnen als PDF auf der Website www.venrob.de zur Verfügung.



Bisher erschienen

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 10 (2020)
Brandenburg: kommunal, nachhaltig, international
ISBN 978-3-947802-70-8 | 42 Seiten

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 9 (2019)
Brandenburg auf dem Weg in die Zukunftsfähigkeit?
ISBN 978-3-947802-31-9 | 54 Seiten

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 8 (2018)
Brandenburg – Da lässt sich was entwickeln
ISBN 978-3-947802-14-2 | 36 Seiten

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 7 (2017)
Agenda 2030 in Brandenburg
ISBN 978-3-945878-72-9 | 36 Seiten

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 6 (2016)
Entwicklungsland Brandenburg?
ISBN 978-3-945878-34-7 | 40 Seiten

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 5 (2015)
Globales Lernen Lebenslang!
Nachhaltiges Lernen in Brandenburg aktuell
ISBN 978-3-945878-05-7 | 43 Seiten

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 4 (2014)
Brandenburg goes global
Zum Europäischen Jahr der Entwicklung 2015
ISBN 978-3-941880-96-2 | 41 Seiten

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 3 (2013)
Entwicklungspolitik – Ein zu weites Feld?
ISBN 978-3-941880-79-5 | 38 Seiten

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 2 (2012)
made in Brandenburg
Die Entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung
ISBN 978-3-941880-53-5 | 47 Seiten

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 1 (2012)
Ernährung im 21. Jahrhundert
ISBN 978-3-941880-43-6 | 29 Seiten

Der 1895 in Milton im US-Bundesstaat Massachusetts geborene Buckminster ‚Bucky‘ Fuller, Multitalent aus etabliertem Hause war nach einigen beruflichen Fehlschlägen beseelt von der Idee, herauszufinden, was eine einzelne Person dazu beitragen kann, die Welt zum Nutzen der Menschheit zu verändern. Jahrzehnte lang hatte er wie besessen gearbeitet und immer neue Ideen und Erfindungen produziert, ohne wirklich einen materiellen Nutzen daraus zu ziehen. Er erkannte im Zusammenwirken verschiedener Kräfte, Stoffe oder Faktoren ein durchgängiges systemisches Wirken unter ökonomischen Prinzipien. Aus den sich daraus ergebenden Synergieeffekten resultierte seine Leidenschaft für die Optimierung von Material- und Energieeffizienz. Seine Leitsprüche „Don't fight forces – use them“ oder „Think global – act local“ haben sich fest im Bewusstsein der Menschen verankert.

Und er stellte die Erdoberfläche auf einer flachen Ebene dar – der Dymaxion-Landkarte. Als sich Astronauten zum ersten Mal auf die Erdumlaufbahn begeben wollten, verwendeten sie seine Dymaxion-Landkarten. Sie zeigen die ganze Erdkugel zweidimensional und mit einer deutlich geringeren Verzerrung der Flächen, als die uns vertraute Mercator-Projektion. Selbige lässt ein Land kleiner erscheinen, je näher es am Äquator liegt und umgekehrt. Die Landmassen im Norden sind aufgrund der Darstellung auf einer gleichmäßig runden Form unverhältnismäßig groß. Diese Verzerrung schult bis heute den Blick von Abermillionen Menschen und verbindet selbst noch im postkolonialen Verständnis die Größe von Landmassen mit Macht und Zugang zu wertvollen Bodenschätzen.

Bucky Fuller war davon überzeugt, dass die Menschheit ein besseres Verständnis für globale Zusammenhänge und Herausforderungen hätte, wenn sie die Welt als ein voneinander abhängiges Kontinuum visualisieren könnte. Dann gilt nicht mehr „aus den Augen, aus dem Sinn“, weil ja auf der anderen Seite der Weltkugel. Nebenbei bemerkt ist das übrigens immer die untere Seite, weil man sich selbst ja auf der oberen befindet. Eben alles eine Frage der Perspektive und des konditionierten Denkens. Wenn man raus will aus dieser Denkfalle, dann muss man es ganz bewusst wollen. Das versuchen wir mit dieser elften Ausgabe, in der wir u.a. einige gelebte Städte- und Klimapartnerschaften in Brandenburg in den Focus stellen.